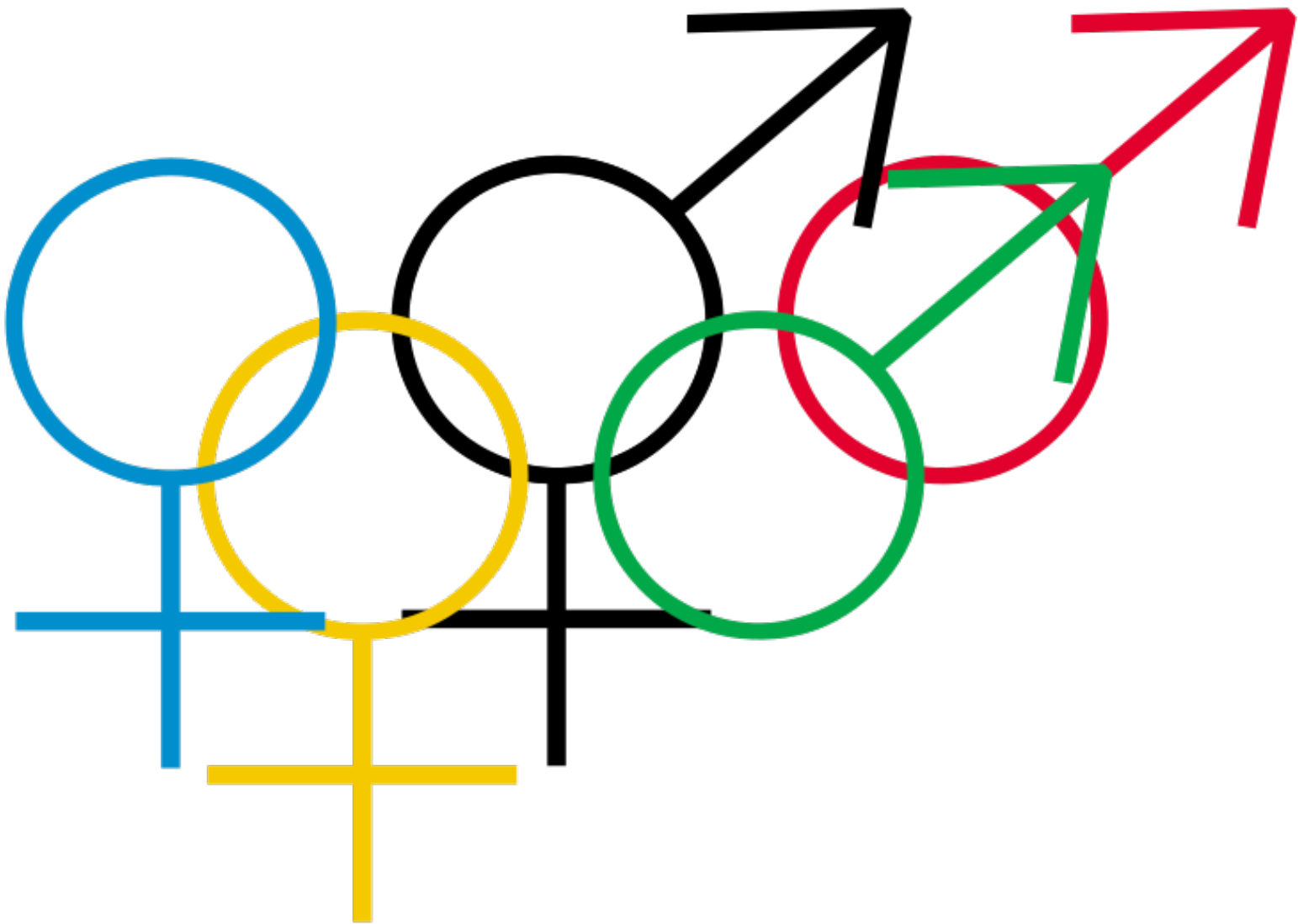


Politicum

Das Magazin der Fachschaft
Politik & Soziologie



(Un-)Gleichstellung



Liebe Leserinnen
und Leser,

Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit sind ohne Zweifel hochaktuelle, wichtige Themen, auch, aber nicht nur im Nachklang der #metoo Debatte. Daher stehen diese Themen in

der aktuellen Ausgabe des Politicum im Fokus. Natürlich lässt sich ein solches Themenspektrum nicht vollständig abdecken, aber ich bin überzeugt, dass in diesem Heft eine spannende Bandbreite von Themen abgedeckt wird.

Ein weiteres Thema, das sicherlich auch viele von euch beschäftigt, ist das neue Polizeiaufgabengesetz in Bayern, welches in ähnlicher Form ja auch hier in NRW geplant ist. Nach einem ausführlichen Leitartikel findet ihr die Kommentare dreier Dozenten zu dieser Thematik.

Des weiteren könnt ihr über die Zunahme der Asylgesuche in Kanada durch die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten informieren, ein Thema, das hier kaum präsent ist, jedoch gewisse Parallelen zur sogenannten "Flüchtlingskrise" in Europa aufweist - aber auch einige Unterschiede. Zudem werdet ihr einen eindrücklichen Kommentar zur Diskurskultur an der Universität lesen können, im Anschluss berichtet euch eine Kommilitonin von ihrem Praktikum bei der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU. Das Ringseminar im vergangenen Semester trug den Titel "Nation, Sezession und Integration". Zu den drei Veranstaltungen findet ihr am Ende des Heftes kurze Berichte zum Nachlesen. Nicht vergessen werden darf natürlich der Klassiker: Das Ohne-Worte-Interview! In diesem Semester antwortet euch Frau Wenz-Temming.

Wie immer gilt: wir freuen uns über jede/n, der gerne das Politicum mitgestalten möchte! Bei Interesse meldet euch unter politicum@fs-sozpol.de

Zum Schluss möchte ich mich als Redakteurin des Politicum von euch verabschieden. Im nächsten Semester darf ich die Verantwortung an Philip Hülsmann und Nils Geuenich abgeben. Ich hoffe, ihr hattet genauso viel Freude beim Lesen des Politicums, wie ich es beim Erstellen hatte.

Viel Spaß beim Lesen des Politicums, eine erfolgreiche Klausurenphase und schöne Semesterferien!

Insa Holste

Inhalt

- 4 Ohne Worte**
antwortet Anna Wenz-Temming
- 6 Titelthema -
(Un-)Gleichstellung**
- 16 Die drohende Gefahr -
zum Polizeiaufgabengesetz**
- 18 Dozentenkommentare - zum PAG**
- 20 Zunahme der "irregulären"
Grenzüberquerungen in Kanada**
- 23 Unwürdige Diskurskultur**
- 24 Praktikumsbericht: Traumjob
DiplomatIn**
- 27 Rätselseite**
- 28 Nation, Sezession und Integration**



Liebe Kommilitoninnen, liebe Kommilitonen,

das Semester neigt sich mit großen Schritten dem Ende zu, was uns dazu veranlasst, das vergangene Semester noch einmal Revue passieren zu lassen.

Ein Highlight des vergangenen Semesters war die Kooperation unseres Referates für Politische Bildung, der Bonner Akademie für Forschung und Lehre Praktischer Politik und dem Bundesstadtbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung unter dem Titel Nation, Sezession und Integration. Drei spannende Veranstaltungen zu m "neuen" Nationalismus in den USA unter Trump, der Kurdenfrage und zur Zukunft der EU in Zeiten von Sezessionsbewegungen, wurden mit verschiedensten Experten diskutiert. Ein voller Erfolg!

Auch erfolgreich war die diesjährige Fachschaftsparty. Gemeinsam mit der Fachschaft für Geographie stieg die

Party im Brückenforum. Unter dem Motto Mutti Erde – Die Partykoalition wurde getanzt bis zum Sonnenaufgang. Zuvor ging es jedoch Ende Mai für einige Studierende der Bachelor- und Masterstudiengänge auf Exkursion nach Den Haag. Dort standen der Besuch des International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia, sowie der NGO Oxfam und des Humanity House auf dem Programm. Doch natürlich durfte auch der Besuch des Strandes und das ein oder andere Feierabendbier nicht fehlen und trugen zu einer äußerst gelungenen Exkursion bei.

Falls wir Euch hiermit neugierig gemacht haben: Für alle Motivierten unter Euch, die sich in der Fachschaft engagieren möchten, kommt einfach zu einer unserer Sitzungen vorbei! Wir treffen uns jeden Mittwoch um 20 Uhr (c.t.) im großen Übungsraum.

Außerdem sind wir für Euch dienstags und donnerstags jeweils von 12 bis 13 Uhr in unserem Büro in der Lennéstraße 27 erreichbar. Auch in der vorlesungsfreien Zeit besteht mittwochs von 12 bis 13 Uhr die Möglichkeit, mit Euren Fragen vorbeizukommen.

Wir wünschen euch allen, im Namen der gesamten Fachschaft, viel Erfolg in der Klausuren- und Hausarbeitsphase, eine erholsame vorlesungsfreie Zeit und viel Spaß beim Lesen des Politicum!

Till Busche und Miriam Schmidt

Ohne Worte

mit Anna Wenz-Temming

von Nora Benz und Finn Hagemann

Name: Dr. Anna Wenz-Temming

Ausbildung: Studium der Politischen Wissenschaft,
des Öffentlichen Rechts und der Neuen
Geschichte in Bonn; Promotionsstudium
der Politischen Wissenschaft

Beruf: Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Prof.
Dr. Frank Decker, Lehrstuhl für Regie-
rungslehre

Status: Postdoc



Was mögen Sie an Ihrer Arbeit
am meisten bzw. am wenigsten?



Auf was können Sie im Alltag nicht verzichten?



Mit wem würden Sie gerne einmal im
Stau festhängen?



Was sollte man in Bonn unbedingt gemacht haben?



Womit können Studierende Sie am besten bestechen?



Welches ist Ihr Lieblingscafé in Bonn?



Wo hört bei Ihnen der Spaß auf?

#metoo

von Chantal Grede

Wie beendet man am schnellsten in einer Familien-, Kollegen- oder auch Stammtischdiskussion über Gleichberechtigung von Mann und Frau? Verwenden Sie die Begriffe „Sexismus“ und „Feminismus“. Haben diese nicht schon gleich die Debatte gesprengt, empfiehlt sich „Gender“ (dschända). Versprochen: Spätestens dann ist die leidige Diskussion ruckzuck vorbei, vernichtet. Anschließend folgt dann

nen Worte. Anstellen dessen: Hysterie. Problemorientierung: Fehlanzeige.

Werfen wir doch gleich alles in einen Frauen-Topf: Feminismus, Gender, Pädophilie, Belästigung, Missbrauch, Fehltritte, Frauenrechte und Sexismus. Doch versuchen wir es an dieser Stelle als Abwechslung zur medialen Berichterstattung mal mit Differenzierung: Sexismus ist nichts Anderes als

stolz, dass sie nun eine „schlaue Mutter“ werden könne. Er merkte erst gar nicht, dass er sie in diesem besonderen Moment auf ihre weibliche Gebärfähigkeit reduzierte. Anderes Beispiel: Ein enger Freund beschwerte sich unlängst bei mir, dass auf Männertoiletten nie Wickelablagen vorhanden seien. Ja, dieser blinde Fleck war auch mir bislang entgangen, aber er hat ganz recht. Wenn wir davon ausgehen, dass sich Väter wie Mütter um ihre Kinder kümmern, müssen auch die gleichen Voraussetzungen vorhanden sein. Doch bevor die Märchenstunde weitergeht: Besagte Beispiele sind alltäglicher Sexismus.

Und weil es so schön ist: Unlängst fragte mich ein Volljurist im Bewerbungsgespräch als erste Frage im Konjunktiv, ob ich in einer Beziehung lebe und darüber nachdenke, in den nächsten zwei Jahren Kinder zu bekommen. Als ich entgegnete, dass ich dies auch nicht im Konjunktiv beantworten würde, war eine Bombenstimmung für das anstehende Bewerbungsgespräch garantiert. Das hätte ich wohl auch unter #metoo twittern können; gemeinsam mit Frauen, die jahrelangen Missbrauch, Vergewaltigungen, kurz: sexuelle Gewalt, mit der Öffentlichkeit teilen. Es folgt die zweite These: Alltagssexismus und sexuelle Gewalt können gleichzeitig thematisiert werden, aber die Unterscheidung muss allen DiskussionsteilnehmerInnen bewusst sein. Das aber beinhaltet die Fähigkeit zu Reflexion, ein schwieriges Wort in der momentanen politischen Streitkultur. Eine dritte These: Beide Probleme können gemeinsam thematisiert werden, weil alltäglicher Sexismus oder sexuelle Belästigung den kulturellen Nährboden für sexuelle Gewalt liefern. Und nein, das heißt im Umkehrschluss nicht, dass jeder, der sich bewusst oder unbewusst sexistisch äußert, gleich der böse Straftäter wird, der jungen Mädchen auf dunklen Parkplätzen auflauert.



Foto: GGAADD, www.flickr.com

meist die Diskussion darüber, ob aus „Studentensekretariat“ wirklich das „Studierendensekretariat“ werden musste, wie teuer das wohl gewesen sein mag, und ob die ausschließliche Nennung der männlichen Form im Schrifttext „ganz grundsätzlich“ Frauen diskriminiere. Geschenkt. Schluss, aus, vorbei, glauben Sie mir, da wächst kein (sachliches) Gras mehr. 21 % Lohnunterschied in gleichen Jobs, ausreichend Teilzeitangebote und/oder Kitaplätze, 6 % Frauen in Vorständen börsennotierter Unternehmen, dass im neuen Bundestag mehr als doppelt so viele Männer wie Frauen sitzen, die gläserne Decke – all diese strukturellen Phänomene verlieren gegen die mächtige Kraft der ideologiegeladene

gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Wir diskriminieren z. B. Obdachlose, weil sie keinen festen Wohnsitz haben oder Ausländer, wahlweise, weil sie anders sind, oder weil Teile der Gesellschaft davon überzeugt sind, dass der Ausländer qua natura der schlechtere Mensch sein muss. Mit dem Sexismus verhält es sich so: Wir diskriminieren Menschen aufgrund ihres Geschlechts. Kommen wir so also zur ersten steilen These: Sexismus muss folglich in einer freien Gesellschaft als gesamtgesellschaftliches Problem erkannt werden.

Letztens feierten wir die erfolgreiche Disputation einer Freundin, die ihre Dissertation mit summa cum laude beendet hatte. Ihr Doktorvater verkündete

Fakten auf den Tisch: Jede 4. Frau in der Europäischen Union hat bereits körperliche oder sexuelle Gewalt erlebt, 45 bis 55 % körperliche oder sexuelle Belästigung.

Viele von ihnen haben sich in der #metoo Kampagne, die in den sozialen Netzwerken viral ging, „geoutet“. Ursprünglich aus dem perfekten Hollywood stammend, schwappte die Kampagne über auf alle Gesellschaftsschichten. Hollywood – so hörte man – sei aber doch ein ganz spezielles Gebiet. Schon. Aber Abhängigkeiten gibt es überall. Fragen Sie mal die alleiner-



ziehende Krankenschwester, die sich verbalen oder körperlichen Übergriffen ihres Vorgesetzten ausgesetzt sieht. Was vereint die Hollywood-Schauspielerin mit der Krankenschwester? Ihr Recht auf sexuelle Unversehrtheit. „Nein heißt Nein“ war überfällig und richtig. Hoffentlich werden wir in zwanzig Jahren auf diese Entscheidung zurückblicken wie auf die Entscheidung von 1997, Vergewaltigung in der Ehe strafbar zu machen. Für die Schauspielerin genauso wie für die Krankenschwester ist eine Vergewaltigung eine massive seelische Verletzung. Und ob ein männlicher Vergewaltiger Filmproduzent oder etwa Verkäufer ist, er sollte die gleiche gesellschaftliche Stigmatisierung erfahren.

Dann folgt oft das Argument: Aber Frauen nutzen doch ihre Attraktivität und kleiden sich oft sexy. Ja, in „sexy“ stecken tatsächlich drei Buchstaben von „Sexismus“ – es hat aber nichts miteinander zu tun. Männer und Frauen könnten nackt über die Domplatte laufen und es hätte niemand das Recht, sie zu berühren. Von daher ist auch die ungefragte Hand auf dem Knie – sei der Rock noch so kurz – ein Übergriff. Nur, weil die eine Frau dies nicht als Übergriff, die andere aber schon, wertet, bleibt die Hand ein No-Go. Dass der Mann in seiner Männlichkeit eifrig jedem kurzen Rock hinterhereilt, unterstellt ihm doch, dass er seiner sexuellen Triebe nicht „Herr“ sei. Das

ist in der Tat noch diskriminierender für den Mann als für die Frau. Deshalb unterstelle ich, im Gegensatz zu Deneuve und Co, dass ein großer Teil der Männerwelt schnell weiß, ob er mit seiner verbalen Annäherung landet oder auch nicht – und sie beendet, wenn dies nicht der Fall ist. Und wenn eine halbe Stunde einer sechzigminütigen Polit-Talkshow über Fehlurteile im Bereich sexueller Gewalt (Stichwort: Kachelmann) diskutiert wird, dann sollte der Titel des Talks „Justizirrtümer“, nicht aber „Sexismus – Hysterie oder Realität?“ heißen. Das kränkt alle Opfer von sexueller Belästigung und Gewalt, die Tag für Tag mit den Auswirkungen leben (müssen).

Fazit: Es gerät in der Diskussion oft vieles durcheinander. Entwarnung: So schwer ist es nicht. Denn im Kern geht es in der Diskussion darum, wie respektvoll Menschen mit anderen Menschen umgehen. Schaffen sie das nicht, ist es ein Angriff auf die Menschenwürde – für Mann und Frau. Oder Frau und Mann.

gefragt, wie „richtig“ gegendert wird² – vielleicht aber auch nicht. Doch wie kann es sein, dass man problemlos durch sein Politikwissenschaften- und Soziologiestudium kommt, ohne sich auch nur einmal mit einem Aspekt dieses riesigen Themenfelds auseinander gesetzt zu haben? Verschiedene Erklärungen wurden uns an-



geboten: die Universität Bonn ist nicht sonderlich groß, die Ressourcen sind begrenzt. Professorin Dr. Straßenberger hat einen anderen Forschungsschwerpunkt, ebenso viele der weiteren Mitarbeitenden am Lehrstuhl, jede_r gestaltet Einführungsveranstaltungen anders. Herr Michael, der im letzten Wintersemester im Basismodul Theorie und Ideengeschichte ein Proseminar mit dem Namen „Feministische Politische Theorie“ angeboten hat, wies darauf hin, dass „die große demokratische

8 Politicum

Errungenschaft der Freiheit von Forschung und Lehre“ den Universitäten einerseits eine spezifische thematische Schwerpunktsetzung eröffnet. Doch nicht nur die Universitäten haben diese Wahlfreiheit, sondern auch die Studierenden. Und im Zweifelsfall kann dies bedeuten, die Universität zu wechseln, wenn man im Studium Schwerpunkte setzen möchte. Wir haben verstanden: keine Universität vermag es, alles thematisch abzudecken, aber muss der Status quo wirklich erhalten bleiben?

Zum Kursangebot in Bonn lässt sich noch hinzufügen, dass Frau Professorin Dr. Straßenberger uns versicherte, dass man sich in diversen Veranstaltungen des Instituts mit den Themen Feminismus, Gender etc. auseinandersetze, dies aber nicht immer im Titel der Veranstaltung zu erkennen sei. Fair enough, die große Resonanz, die Herr Michael für sein Proseminar „Feministische Politische Theorie“ im WS 17/18 erfuhr, legt jedoch nahe, dass es dafür durchaus Bedarf gäbe.

Und wie wär's mit einem Lehrstuhl für Gender Studies in Bonn? Herr Michael sieht nicht nur Vorteile: durch die Eröffnungswelle vieler Gender Studies Institute vor gut 20 Jahren entstand auch das Gefühl der Nicht-Zuständigkeit anderer Institute – als könnten die „klassischen“ Sozialwissenschaften sich nun zurücklehnen und nicht weiter dazu forschen und lehren.

Frau Professorin Dr. Lucke ist assoziierte Professorin im Netzwerk Frauen- und Geschlechterforschung NRW. Das Netzwerk wurde 1986 gegründet und umfasste im Jahr 2017 149 Professor_innen und 226 Wissenschaftler_innen an 30 Hochschulen. Das Netzwerk ist ein Zusammenschluss von Wissenschaftler_innen, die transdisziplinär kooperieren und durch diese Vernetzung dem Bundesland NRW im Bereich der Genderforschung eine Spitzenposition sichern. Leider sind von den ehemals fünf Professuren der Universität Bonn, die Teil des Netzwerks waren, drei gestrichen worden, sodass aktuell

nur noch Frau Professorin Dr. Lucke und Frau Professorin Gisela Muschiol (Institut für Kirchengeschichte) vertreten sind.³

Mit Frau Professorin Dr. Lucke sprachen wir auch viel über das außeruniversitäre Leben. In der Universität fühlen sich die meisten Frauen als gleichberechtigt, doch außerhalb dieser Blase müssen viele erfahren, dass die sagenumwobene gläserne Decke im Berufsleben noch existiert. Sie müssen sich unangebrachte Kommentare über Aussehen und Alter anhören, immer noch den Großteil der Hausarbeit und Kindererziehung tätigen neben erkämpfter Vollzeitarbeit. Woran liegt das? Denken manche Menschen auch heute noch, dass Frauen weniger leistungsstark und –bereit sind als Männer? Dass Frauen für alles Häusliche zuständig sind, weil es ihnen besser liegt? Warum werden Männer in Elternzeit belächelt? Warum publizieren Frauen unter Namenskürzeln? Warum spielt das Geschlecht eine Rolle in unserer Wahrnehmung? (Das wäre doch mal ein interessantes Seminar!)

Oder ist es letztendlich nur die Schuld des Systems? Nicht die Menschen sind sexistisch, sondern unsere Gesetze? In Deutschland wird auf staatlicher Ebene ein binäres Geschlechtermodell immer noch aufrechterhalten. Auf welche Toilette kann der Mensch gehen, wenn er sich weder auf der Herren- oder Damenttoilette wohl fühlen kann? Welche Geschlechter können auf offiziellen Dokumenten eingetragen werden? Und wieso werden sie überhaupt abgefragt? Warum ist die erste Frage an werdende Eltern, welches Geschlecht ihr Kind hat? Weshalb hat sich die geschlechtergerechte Sprache immer noch nicht durchsetzen können? Während wir im alltäglichen Leben noch immer mit einem binären Geschlechtermodell inklusive sexistischer Vorstellungen konfrontiert sind, gibt es in der Wissenschaft eine Vielzahl kritischer Ansätze, welche sich nicht nur mit dem Feminismus beschäftigen, sondern auch mit Konzepten wie Intersektionalität, die die Kategorien

Geschlecht, Klasse und Ethnizität verbinden und so in der Lage sind, multidimensionale Unterdrückungsmechanismen zu analysieren und die Unzulänglichkeiten und Ausschlussmechanismen eines weißen Mittelschichts-Feminismus aufdecken. (Lernen wir auch mal was über Postkolonialismus und Anarchismus?)

Das alles soll allerdings nicht bedeuten, dass wir den traditionellen Kanon der Politikwissenschaften ungelesen ablehnen. Wir möchten nur vorsichtig darauf hinweisen, dass ein breiteres Spektrum an behandelten Denkschulen und Theorien an der Universität das kritische Denken Aller fördert und herausfordert. Der Kampf für Geschlechtergerechtigkeit ist in vollem Gange und wir wünschen uns mehr Einsatz von Politik, Gesellschaft und Lehre. Hinter diesem Beitrag stecken nicht meckernde und faule, sondern wissensdurstige Studierende, die gerne hinterfragen. Doch nicht alles ist im Selbststudium zu bewältigen und es wäre doch auch viel schöner mit Kommiliton_innen und Lehrenden zu diskutieren.

³ Zum Vergleich: Köln hat 24 Netzwerk Professuren, Dortmund 17, Bielefeld 15, Bochum 14 und Essen 12, Paderborn 11.

Horst Seehofers FührungsMANNschaft

Ein Innenministerium ohne Frauen - kann das gut gehen?

von David Isken, Philipp Sprengel und Robin Weiden



Foto: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Ende März dieses Jahres sorgte ein Foto des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) für einen großen medialen Aufschrei. Neun Männer in dunklen Anzügen posierten vor der Kamera. Eine Frau suchte man auf diesem Bild vergeblich. Was lediglich der Bekanntgabe der Führungsmannschaft des BMI dienen sollte - das Foto zeigte Horst Seehofer, Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat sowie die acht Staatssekretäre des BMI - entwickelte sich zu einem regelrechten Shitstorm. Unter den Schlagworten #Diversity, #Feminism und #Vielfalt kommentierte die Grünen-Politikerin Hannah Neumann auf Twitter als eine der ersten das Bild mit den Worten: „Nicht meine Heimat!“. Keine Berücksichtigung von Frauen und fehlende Vielfalt, so die Vorwürfe, die Horst Seehofer entgegenschlugen. Der CSU-Politiker scheint den Begriff der FührungsMannschaft etwas zu genau genommen zu haben. Und das, obwohl die Regierung sich in ihrem Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt hat,

Leitungspositionen im öffentlichen Dienst bis 2025 gleichberechtigt zu besetzen.

Das Innenministerium in der Hand der Männer – eine alte Tradition?

Um diese Frage zu klären, ist es von Nöten, einen Blick auf Horst Seehofers neuen Stab und besonders einen in die Vergangenheit zu werfen. Unter den Leitern, das heißt den fünf beamteten und drei parlamentarischen Staatssekretären, arbeiten hauptsächlich Juristen. Aus der Reihe fallen der informationstechnische Beauftragte der Bundesregierung Klaus Vitt und der Ökonom Markus Kerber. Neben Vitt übernahm Seehofer Hans-Georg Engelke als Staatssekretär, beide waren bereits zuvor für das BMI tätig. Aus dem Bundesumweltministerium wechselte Gunther Adler in Seehofers Stab. Adler übernimmt das neue Ressort „Bau“. Auf den ersten Blick keine Auffälligkeiten. Und genau hier liegt das Problem. Seit den 1950er Jahren bekleideten gerade einmal fünf Frauen die Leitung eines Ressorts

im BMI. Demgegenüber stehen 46 männliche Sekretäre. Die letzte weibliche Staatssekretärin war Emily Haber unter Innenminister Thomas de Maiziére im Kabinett Merkel III. Mit Bau und Heimat wurde das Bundesinnenministerium um zwei Posten erweitert und damit eigentlich einmal mehr die Möglichkeit geschaffen, das Ministerium weiblicher zu machen.

Qualifikation als ausschlaggebender Faktor?

Das Argument, dass Männer eine bessere Qualifikation mitbringen, ist nicht tragfähig. Es wäre durchaus ein Problem, müsste Bundesinnenminister Seehofer auf Kolleginnen der eigenen Partei zurückgreifen, da in der CSU gerade einmal 20% der Parteimitglieder weiblich sind. Aber lediglich die parlamentarischen Staatssekretäre sind an ein Bundestagsmandat gebunden und im Innenministerium deutlich in der Minderheit. Nachdem sich u. a. die Gleichstellungsbeauftragte des BMI beschwert hatte, suchte der

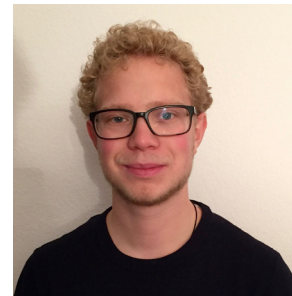
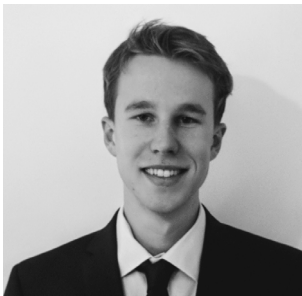
Bundesinnenminister dann doch nach weiblichen Führungskräften für das neue Heimat-Ressort – vergeblich. Emily Haber, Staatssekretärin unter de Maiziére im Kabinett Merkel III, steht wohl eine diplomatische Karriere bevor – sie sagte ab. Bayern nicht verlassen wollte die Leiterin der Münchner Staatskanzlei, eine weitere potenzielle Kandidatin für das Heimatministerium. Nur zwei qualifizierte Anwärtinnen? Weit gefehlt, denn an weiblichen Führungskräften im BMI mangle es nicht, so ein hoher Mitarbeiter. Jedes dritte Referat werde von einer Frau geführt. Warum nicht jemanden befördern? Seehofers Entscheidung bleibt undurchsichtig und Ausdruck eines strukturellen Problems.

Konservative Politik – eine patriarchale Domäne

Es wäre einer Frau möglich gewesen, aufgrund ihrer Qualifikationen einen Platz im Vorstand des Innen- und Heimatministeriums einzunehmen. Dass dies trotzdem nicht passiert ist, lässt sich darüber hinaus immer noch mit dem fehlenden Umdenken zum Thema Gleichstellung von Mann und Frau erklären. Auch wenn die Politik langsam versucht, mit einem guten Beispiel voran zu gehen, gibt es noch, besonders in der Union, sehr wenige Frauen in Führungsämtern. Da der Frauenanteil in der CDU bei 26% und in der CSU sogar nur bei 20% liegt, ist es natürlich auch schwieriger, Frauen für Führungspositionen zu gewinnen. Es ist aber davon auszugehen, dass der Anteil in diesen konservativen Parteien nur deshalb so gering ist, weil in Teilen der Union immer noch ein rückständiges Bild von der Gesellschaft vorhanden ist und deshalb Frauen nicht vollständig in der Politik akzeptiert sind. Der Aufstieg von Frauen scheint in der Politik und in deren Verwaltungsorganen aus diesem Grund besonders schwer zu fallen. Das wird beim Blick auf das Innenministerium deutlich, in dem, wie Seehofer angemerkt hat, auf den unteren Ebenen die Gleichstellung von Mann und Frau fast durchgesetzt ist. Doch je höher man in der Hierarchie blickt, desto geringer wird die Frauenquote.

Diese Aufstiegsschwierigkeiten von Frauen spiegeln sich auch in anderen Bundes-

ministerien wieder. Im Landwirtschaftsministerium von Julia Klöckner (CDU), im Verteidigungsministerium von Ursula von der Leyen (CDU), im Wirtschaftsministerium von Peter Altmeier (CDU) und auch im Verkehrsministerium unter der



Leitung von Andreas Scheuer (CSU) werden die Posten der Staatssekretäre genauso wie im Innen- und Heimatministerium ausschließlich von Männern besetzt. Diese Aufstellung lässt tief in das Geschlechterverständnis der konservativen Union blicken. Der CDU muss man allerdings zugutehalten, dass die Ministerämter gleichmäßig auf Männer und Frauen aufgeteilt wurden. Dazu hatte die bayerische CSU nicht die Muße und schickte direkt drei Männer als Minister nach Berlin. Zudem gibt es in den CSU geführten Ministerien nur eine einzige Frau im Amt einer Staatssekretärin. Die SPD hat ihre Ministerämter wie die CDU gleichmäßig auf Männer und Frauen aufgeteilt und auch in den Vorständen ihrer Ministerien immer mindestens eine Frau sitzen. In den SPD geführten Ministerien der Justiz, der Familie und der Arbeit gibt es sogar mehr weibliche Staatssekretäre als männliche. Trotzdem lässt sich an den Sozialdemokraten ebenfalls leichte Kritik üben, da es insgesamt in den SPD-Ministerien vier Männer mehr als Frauen gibt. Zudem ist ein klares Missverhältnis in den von der SPD geführten Ministerien von zehn beamteten Staatssekretären gegenüber drei beamteten Staatssekretärinnen zu erkennen.

Machtlose Gleichstellungsbeauftragte

Insgesamt gibt es in der Regierung noch immer ein starkes Missverhältnis zwischen weiblichen und männlichen Führungspersonlichkeiten. Die Regierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt, Leitungspositionen bis 2025

im öffentlichen Dienst gleichberechtigt zu besetzen. Wie das umgesetzt werden soll, bleibt jedoch fraglich, wenn nicht einmal in der Regierung damit konsequent begonnen wird. Darüber hinaus gibt es schon jetzt Gleichstellungsbeauftragte in

den Ministerien, die dafür Sorge tragen sollen, dass die Gleichstellung umgesetzt wird. Diese haben allerdings so gut wie keine Macht. Dies hat sich nun im BMI gezeigt, in welchem die Gleichstellungsbeauftragte Maria Spetter Seehofer deutlich für seine Personalentscheidungen kritisiert hat und der Minister daraufhin trotzdem seine Entscheidung für das ausschließlich männliche Personal durchsetzen konnte. Wenn die Gleichstellung also bis 2025 nicht von jemandem wie einer Gleichstellungsbeauftragten durchgesetzt werden kann, scheint dieses Ziel von Union und SPD recht unglaublich zu sein.

Was bleibt?

Es bleibt festzuhalten, dass insbesondere in den Union-geführten Ministerien ein deutliches Minus an weiblichen Staatssekretären zu vermerken ist. Als besonderes Negativ-Beispiel sticht das Innenministerium unter Horst Seehofer heraus, welches, Seehofer miteingerechnet, von neun Männern geführt wird. Sicher war es richtig, etablierte Experten wie Vitt und Engelke für ihre jeweiligen Ressorts zu halten. Doch sieht der Koalitionsvertrag eine gleichberechtigte Besetzung der Leitungspositionen im öffentlichen Dienst bis zum Jahr 2025 vor. Die Personalentscheidungen Horst Seehofers sind ein deutliches Zeichen in die falsche Richtung. Dabei war die Möglichkeit insbesondere im neu hinzugekommenen Heimat-Ressort da, weibliche Führungskräfte in das traditionell männergeführte Innenministerium einzugliedern. Denn gerade

das Ressort der Heimat betrifft sowohl Frauen als auch Männer und sollte sie gleichermaßen repräsentieren. Es hat ein besonderes Sendungsbewusstsein inne und darf auf keinen Fall patriarchalisch sein.

Die Regierung drückt sich vor der Herausforderung und schiebt Entscheidungen hinaus. 2025, ein Ziel, dass unter Umständen erst für die nächsten Wahlen relevant wird. Die Regierung hat sich der Entscheidung erfolgreich gewehrt

und zeigt keine Anzeichen von Erneuerung. Die geringe Frauenquote ist dabei nicht nur in den Führungspositionen, sondern besonders bei den konservativen Parteien ein allgemeines Problem in der Mitgliederstruktur. Ein Problem, welches sich sicher nicht durch machtlose Gleichstellungsbeauftragte lösen lässt.

Von Kleopatra bis Jeanne d'Arc, von Katharina der Großen bis Angela Merkel. Starke Frauen gab es schon immer

in der Politik, doch waren diese zumeist Einzelercheinungen. Gerade das Beispiel Angela Merkels als Vorsitzende der CDU und Bundeskanzlerin zeigt, dass Frauen heutzutage auch in der konservativen Union Spitzenpositionen erreichen können. Es ist an der Zeit, dass Frauen in der Politik nicht mehr die Ausnahme bilden, sondern zur Regel werden.

Warum der geringe Frauenanteil im Bundestag ein Problem darstellt

„Die Demokratie kann nicht über die Geschlechterdifferenz erhaben sein, vielmehr muss sie mit einem deutlichen Bewusstsein dieser Differenz neu bestimmt werden.“

(Anne Phillips)

von **Nina Ihrens**

Bei der Frage, ob der geringe Frauenanteil im deutschen Bundestag ein Problem darstellt, handelt es sich nur auf ersten Blick um eine Frage, die die repräsentative Demokratie mit einem Nein beantworten sollte. Denn ein Mann kann zwar eine Frau politisch repräsentieren und männliche Politiker können sich für Frauenrechte stark machen. In diesem Zuge jedoch anzuführen, dass man dann auch den Mangel an jungen Menschen oder Rothaarigen im Parlament kritisieren könnte, führt jedoch in die falsche Richtung.

Das Problem liegt nicht in der mangelnden Repräsentation, sondern in der mangelnden Chancengleichheit. Frauen werden zwar nicht aktiv von der Politik ausgeschlossen, aber auf Grund gesellschaftlicher Ungleichheiten haben sie nicht die gleichen Möglichkeiten wie

Männer, sich politisch zu engagieren. Hinzu kommen geschlechterspezifische Rollenkonzepte. Denn während Frauen gerne Eigenschaften wie Emotionalität, Weichherzigkeit und Empfindsamkeit zugeschrieben werden, sind Männer angeblich rational, entschlossen und konsequent – letzteres sind Charakterzüge die die meisten Menschen einem erfolgreichen Politiker zuschreiben würden. Wer als Frau jedoch, ob auf privater oder politischer Ebene, allzu hart wirkt, wird oft dafür kritisiert – die Konnotation des Begriffs Mannsweib spricht in diesem Kontext wohl Bände. Ebenso spielen familiäre Gründe wie die Zuständigkeit für Kindererziehung oder der Fakt, dass die Politik für lange Zeit eine Männerdomäne war, eine Rolle. Ferner sollten politische AkteurInnen nicht nur bestimmte Eigenschaften aufweisen, ihre Karriere ist

meistens auch mit einem Geldaufwand verbunden – ebenfalls etwas, das Männer in den meisten Fällen bevorteilt.

Zusammengefasst ist es zweifelsohne wichtig, die Neutralität politischer Verfahren beizubehalten, also z.B. nicht einfach eine starre Frauenquote für den Bundestag festzulegen. Aber um diese Neutralität zu gewährleisten, muss die ungleiche Machtverteilung der Geschlechter abgetragen und eine Gleichberechtigung im häuslichen Bereich erzielt werden. Die geringe Repräsentation von Frauen in der Politik kann erst behoben werden, wenn die Geschlechter den Anteil an bezahlter und unbezahlter Arbeit (Hausarbeit, Kindererziehung etc.) gleichwertig aufteilen. Denn politische Gleichheit benötigt zuallererst soziale Gleichheit.

¹dieser Artikel wurde bereits in der Ausgabe vom Wintersemester 2017/ 18 veröffentlicht. Da er thematisch aber gut zu dieser Ausgabe passt, hier noch einmal zum Nachlesen.

„Geb dem Penner kein Geld, wenn er zu gendern vergisst“

Ein Zitat, viele Gedanken

von Nils Geuenich

Dieses Zitat der Band Kafvka aus dem Song „Geiler Punk“ bringt sehr gut auf den Punkt, an welchem Aspekt der berechtigten Bemühungen um Gleichberechtigung ebenso berechtigte Kritik angebracht ist. Um es vorab zu sagen: Dieser Beitrag zielt nicht darauf ab, dass wir nicht daran arbeiten sollten ein Umfeld zu schaffen, in dem sich jeder willkommen und aufgehoben fühlt. Hier soll es lediglich darum gehen, dass man mit diesem Ziel vor Augen einige andere Dinge nicht außer Acht lassen möge. Um es kurz zu sagen: Hier soll es darum gehen, dass der Glaube an eine Ideologie, die bei manchem schon die klassische Religion gleichwertig ersetzt zu haben scheint, den Blick nicht so sehr verengen soll, bis man nur noch durch sein eigenes kleines Schlüsselloch sieht.

Dabei übersieht man nämlich den ersten Aspekt, um den es hier gehen soll: Man handelt vollkommen unwissenschaftlich. Zumal Menschen, die die Verbreitung von Genderendungen vorantreiben wollen, gerne vollkommen fachfremd sind. Und auch dann, wenn sie akademisch gebildet sind, gewisse Grundregeln eines wissenschaftlichen Diskurs zu vergessen scheinen, sobald zu viel Ideologie hinzukommt. Wenn man nämlich rein sprachwissenschaftlich auf gewisse Begriffe schaut, ergeben gewisse Formen der angepassten Sprache schlicht keinen Sinn mehr. Dazu wären Formen wie das beliebte „Studierende“ oder andere zu nennen. Wie aber der Germanist Peter Eisenberg in einem Interview mit dem Deutschlandfunk vom 08.03.2017 anmerkte: „Ein Säugling ist nicht dasselbe wie ein Gesäugter“. Ebenso ist dann auch ein Studierender eben nicht dasselbe wie Studentinnen und Studenten. Wenn nun jemand anmerkt, dass die Erde eine Scheibe sei, dann erklären die Meisten wohl dieser Person, dass das rein wissenschaftlich nicht stim-

me und sie oder er mit dieser Aussage falsch liege. Dieselben Maßstäbe sollten wohl auch für die Sprachwissenschaft gelten. Des Weiteren unterscheidet ein Sprachwissenschaftler zwischen den Konstrukten des Genus und des Sexus. Dies sollten Menschen, die beides zusammenwerfen und daraus eine Sexismusdebat-



te in der Sprache aufmachen, bedenken. Und ja, es hat im Verlauf der Geschichte immer wieder einen Wandel in der Sprache gegeben, allerdings basierte dies auf natürlichen Vorgängen. Wie schon Ferdinand de Saussure feststellte ist die Konventionalität, die uns alle die Sprache so verwenden lässt, dass man sich allgemein verständigen kann, eben kein Akt sozialer Vereinbarungen über den Zeichengebrauch. Wenn dem nicht so wäre, dann wäre der Versuch, den die Dudenredaktion in Zusammenarbeit mit Lipton unternommen hat, ein äquivalent zu „satt“ im Sinne von „nicht hungrig“ zu finden wohl erheblich erfolgreicher verlaufen, zumal der Duden

den im Verlauf des Wettbewerbs gefundenen Begriff „sitt“ für „nicht durstig“ zunächst in sein Wörterbuch aufnahm. Ein weiterer Punkt aus dem Forschungsbereich, mit dem sich auch Saussure beschäftigte, ist der des „Linguistic Turn“. Demzufolge ist die Sprache die Zugangsbedingung zu den Sachverhalten der Welt. Diesen Aspekt auf die hier behandelte Fragestellung angewandt lässt natürlich nur den Schluss zu, dass die Intention, man möge nach mehr Inklusion in der Sprache suchen, richtig ist, nur ebenso richtig ist wohl auch, dass man diesen Forschungsbereich den Menschen überlässt, die tief genug in der Materie Sprache drin sind, um gewisse Gesichtspunkte adäquat zu beurteilen.

Sollte man nämlich gegen jegliche Widerstände handeln, wären wir bei weiteren Problemen, die im Folgenden behandelt werden sollen. Da wäre zunächst die Methodik. Natürlich könnte man gesetzlich verordnen, dass gewisse Begriffe jetzt anders zu sein haben. Wenn man aber von politisch ausgewogenen Methoden zu weit nach links oder rechts wandert, trifft man irgendwann diejenigen wieder, welche mal in die ent-

Verordnungen von oben herab wären zwar auf den ersten Blick angenehm einfache Lösungen, aber einfache Lösungen sind meistens nicht besonders nachhaltig.

gegengesetzte Richtung gelaufen sind. Zumal aktuelle Studien derzeit gehäuft zum selben Ergebnis kommen: Die Akzeptanz der derzeit praktizierten Endungen in einer Gesamtgesellschaft ist nicht besonders hoch. So hat das Institut YouGov im Auftrag der DPA gezeigt, dass nur 5% aller Befragten schriftlich grundsätzlich immer gendern. Ebenso befürworteten

nur 15% der befragten Frauen und 12% der befragten Männer die aktuelle Praxis. Und auch die IDS Mannheim hat auf einer Tagung kürzlich Ergebnisse präsentiert, laut denen die Formen für „Studentinnen und Studenten“ vor dem geschlechtsneutralen „Studenten“ landeten, welches wiederum vor allen derzeit kursierenden Genderendungen landete. Demzufolge scheint es, dass derzeit eine Elfenbeinturmdiskussion fernab der Lebensrealität vieler Menschen geführt wird. Zudem haben Versuche, das Verhalten von Menschen zu ändern, ohne dass dies auf einer intrinsischen Überzeugung fußt, so gut wie nie dauerhafte Erfolge hervorgebracht. Gerne hat ein derartiges Vorhaben nur zu einer Verstärkung der Abwehrhaltung geführt. Der aktuelle Umgang mit dem Gender oder auch das Verordnen einer Frauenquote mögen zwar auf den ersten Blick

eines viel tiefer liegenden Problems rum. So lautete der Grundton eines Artikels kürzlich, wie es denn sein könne, dass nach dem Aufkommen von #metoo Frau Neumann als Kommentatorin noch auf ihr Geschlecht reduziert kritisiert werden könne. Meiner Meinung nach haben Fragestellungen in diese Richtung die

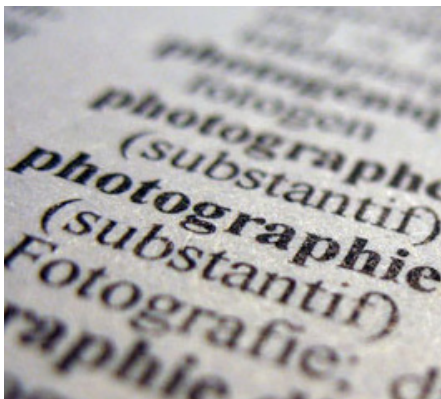
#metoo war kein reinigender Sturm, nach dem alles besser ist. Dass diese Debatte in dieser Stärke aufgekommen ist, hat lediglich zutage gefördert, wie weit, oder eben nicht, die Gesellschaft in diesem Punkt eigentlich ist.

eigentliche Botschaft der Vorkommnisse allerdings nicht richtig verstanden. Um dies zu ändern bedarf es ganz anderer Maßnahmen als die bisher in den Ring geworfenen. Es müsste wohl noch weiterhin von Generation zu Generation tiefgreifende Reformen in Bereichen der Bildungspolitik geben, bei der früh weitergegeben wird, dass alle Menschen dieselben Berechtigungen haben. Auch müsste der Arbeitsmarkt weiter umstrukturiert werden, hin zu einer besseren Möglichkeit für alle Elternteile die Kinder gemeinsam aufzuziehen. Als ich kürzlich in Stockholm war, hatte ich beispielsweise das Gefühl, dass dort vernünftige Schritte unternommen worden wären. In diesem Sinne könnte ich auf weitere Aspekte eingehen, allerdings sollte der Gedanke klar geworden sein. All das würde nicht

kurzfristig vonstattengehen und wäre auch nicht leicht, aber sollte jemand wirklich einfache Lösungen im Sinn haben, wenn dieselbe Person dies vermutlich den aktuellen AfD – Politikern vorhält?

Um mit diesem Punkt zu enden: Ja, Änderungen im Sinne eines Fortschrittes sind nötig und richtig. Diese sind aber nicht so einfach, wie manche sich das wohl wünschen würden und jeder sollte sich stattdessen auf langwierige Prozesse einstellen, die man selbst vielleicht nur mit anstoßen kann, aber deren Ergebnisse man nicht mehr erleben wird. So ist Martin Luther King inzwischen seit knapp 50 Jahren tot, der gesellschaftliche Prozess, Menschen nicht nach ihrer Hautfarbe zu beurteilen, läuft allerdings auch heute noch weiter. Das ist eine traurige Einsicht, aber dieser Herr ist wohl ein ganz gutes Beispiel dafür, dass man Ungerechtigkeiten entgegentreten sollte, ohne zu erwarten, dass alle sofort derselben Meinung sind.

Foto: Kosmolaut, flickr.com



Veränderungen herbeiführen, allerdings doktert man damit nur an Symptomen

Die Gleichstellung ALLER Geschlechter

von **Nora Benz**

Debatten wie #metoo oder Tage wie der Equal Pay Day zeigen auf, wie ungerecht und unwürdig viele Frauen auf Grund der noch nicht überall angekommenen Gleichstellung und Gleichberechtigung von Mann und Frau behandelt werden. Auch wenn ein Blick in Geschichtsbücher und Gesetzestexte verdeutlicht, dass sich die Situation der Frauen in Deutschland,

vor allem in der jüngsten Vergangenheit, stark verbessert hat, werden Frauen in vielen Bereichen dennoch weiterhin benachteiligt behandelt. Nichtsdestotrotz darf, wenngleich 'der weiße heterosexuelle Mann' die wohl privilegierteste Spezies darstellt, nicht vergessen werden, dass 'heterosexuellen weißen Frauen' eine ebenfalls vergleichsweise sehr privilegier-

te Position zugesprochen werden kann. Dies soll nicht bedeuten, dass man sich als Frau in Deutschland mit der momentanen Situation zufrieden geben sollte. Im Gegenteil, wenn selbst Mitarbeiter des Bundesstages den Zusammenhang zwischen sexueller Belästigung am Arbeitsplatz und der Benachteiligung von Frauen in der Gesellschaft leugnen, dann zeigt das, dass

weiterhin Handlungsbedarf besteht, für die Rechte und Gleichstellung von Frauen zu kämpfen. Bei der Debatte über die



Gleichstellung der Geschlechter, wird jedoch überwiegend über Mann und Frau gesprochen. Menschen, die sich mit keiner der beiden Kategorien identifizieren, wird hingegen in der Gender-Debatte häufig keine Aufmerksamkeit geschenkt. Auch wenn die komplette Gleichstellung von Mann und Frau wichtig ist, ist die Gleichstellung aller Menschen in der Gesellschaft umso wichtiger. Mann und Frau bilden zwei in der Gesellschaft fest und starr verankerte Kategorien, die kaum eine andere Identität zulassen. Die Gender-Kategorien beschränken sich auf entweder das eine, oder das andere Geschlecht. Wer sich mit dieser binären Teilung nicht identifiziert, wird im gesellschaftlichen Diskurs häufig komplett marginalisiert. Menschen, die sich den Kategorien Mann oder Frau nicht zuordnen können oder wollen, sind den binären, patriarchalisch geprägten Strukturen ausgeliefert und haben im Alltag oft mit großen Problemen zu kämpfen, was sich als Paradoxon der Hyper- und Invisibilität niederschlägt: Bei Behördengängen, dem Weg zur Toilette oder einfach auf der Straße sind non-binäre Menschen hyper-visible; sie werden angestarrt oder gar beleidigt. So sind queer identities auch besonders häufig von Gewalt und Ob-

dachlosigkeit betroffen. Wenngleich Urteile wie das des Bundesverfassungsgerichts über ein drittes Geschlecht wegweisend sind, bleiben Menschen, die sich für ihre Rechte als Mitglieder der LGBTQ+-Gemeinschaft einsetzen, oft unsichtbar. Die Gender-Strukturen der Gesellschaft lassen nur schwer und sehr langsam mehr Vielfalt und Individualität zu. Geschlechtsidentitäten, die nicht mit denen von Mann und Frau übereinstimmen, werden oftmals stigmatisiert, da an vielen Stellen, auch im Hinblick auf die sexuelle Orientierung, Verständnis und Wissen fehlt. Anstatt Identitäten und Orientierungen, die nicht der eigenen entsprechen, zu akzeptieren und wertzuschätzen, werden LGBTQ+-Individuen oftmals nicht einmal toleriert. Menschen, die sich weder als Mann noch als Frau und auch nicht als heterosexuell 'outen', werden als von der

ßenden Übergängen erstreckt. Durch die Betrachtung von sexueller Orientierung und Geschlecht als zwei binäre Pole wird jedoch die Vielfalt von Sex und Gender ebenso wie die Komplexität und Mehrschichtigkeit der Thematik missachtet. So wird auch die individuelle Entfaltung der Menschen gehemmt, was wiederum reale, alltägliche Konsequenzen mit sich bringt. Individualität und Vielfalt, besonders im Hinblick auf Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung, werden nicht als Stärke oder Gewinn angesehen, sondern als abnormal oder Bedrohung. Es sollte deutlich geworden sein, dass Debatten über die Gleichstellung von Mann und Frau richtig und sehr wichtig, wenngleich aber im Jahr 2018 zu kurz gedacht sind. Nur weil sich die Mehrheit der deutschen Gesellschaft zu einer der beiden Kategorien von Mann und Frau zuordnen lässt, bedeutet dies



Foto: Flavijus, flickr.com

Norm abweichend angesehen. Die Kategorien der binären Geschlechtszugehörigkeit teilen demnach nicht nur ein, wer Mann und wer Frau ist, sondern auch, wer normal ist und wer nicht. Dabei wird außer Acht gelassen, dass Geschlecht und sexuelle Orientierung ein breites Spektrum sind, welche sich auf einer Skala mit flie-

nicht, dass die Minderheit im gesellschaftlichen Gender-Diskurs über Gleichstellung außen vorgelassen werden und als abnormal stilisiert werden darf. Denn, um (mit einem Zitat aus einem Beitrag von BBC The Social) abzuschließen „Normality is [only] a crowd sourced Fantasy.“

Dieser Beitrag bezieht sich ausschließlich auf die Situation der Geschlechter in Deutschland. Feminismus wird hierzulande oft auf den ‚weißen Feminismus‘ beschränkt. Die Tatsache, dass es Regionen gibt, in denen Frauen von einem Equal Pay Day nur träumen können, da sie in stark patriarchalisch geprägten Strukturen leben, in denen sie beispielsweise gar nicht arbeiten dürfen oder, dass Homosexualität vielerorts unter Strafe steht, wird in diesem Artikel nicht weiter thematisiert, darf jedoch ebenfalls nicht außer Acht gelassen werden.

Die „drohende Gefahr“

das Misstrauensverhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Polizei

von Debora Eller

Im Mai 2018 sind über 30.000 Menschen aus ihrem politischen Winterschlaf erwacht und haben gegen das neue Polizeiaufgabengesetz in Bayern demonstriert. Um zu verstehen, wie es zu diesem Aufbruch kam, muss man sich die Beziehung zwischen Zivilgesellschaft und Polizei genauer ansehen.

Die neue Datenschutzverordnung der EU war der Auslöser für das neue Polizeiaufgabengesetz in Bayern, welches zukünftig wohl als Vorlage für andere Bundesländer dienen wird. Man nutzte die Chance, um das Gesetz vor allem im Präventivbereich massiv auszubauen: Die Kategorie „Drohende Gefahr“ wurde, recht unsauber und dadurch gefährlich vage, vom Bundesverfassungsgericht übernommen. Ursprünglich zur Bekämpfung von Terrorismus gedacht, hebt sie nun die Datenschutzänderung durch zahlreiche neue Möglichkeiten aus: DNA-Tests zur Feststellung äußerlicher Merkmale (bspw. Hautfarbe), Bodycams, die nur auf Knopfdruck der Beamtin hin speichern, unendlich verlängerbare Präventivhaft und Drohnen zur Überwachung von Wohnungen. Wem solche Übergriffe auf die informationelle Selbstbestimmung und die persönliche Freiheit angemessen erscheinen, könnte einem diskursiven Trend aufgesessen sein, welcher, angeführt von selbsternannten Patriot*innen und Neurechten, das Trugbild verbreitet, man befände sich auf den Straßen Deutschlands in ständiger Gefahr.

Wie kritisch man der Polizei gegenüber eingestellt ist, hängt oft vom Kontext ab, in dem man ihr begegnet. Ein gut betuchter Herr, welcher höchstens mal die Polizei ruft, wenn bei ihm eingebrochen wurde, erlebt eine andere Situation mit der Exekutiven, als der Asylbewerber oder die Demonstrantin. Besonders bei dem Herrn werden Legitimationsversuche, einer po-

lizeilichen Befugnisserweiterung durch beispielsweise politisch instrumentalisierte Kriminalstatistiken eher fruchten.

Einen Großteil der (bayerischen) Bevölkerung, das sollte die „noPAG-Demo“ gezeigt haben, beschleicht offenbar jedochein Unbehagen bezüglich des neuen Gesetzes. Ihnen ist die Polizei scheinbar nicht nur



als „Freund und Helfer“ bekannt, sondern auch in anderen Kontexten präsent: Was geschah 2005 mit dem Asylbewerber Oury Jalloh, welcher im Dessauer Polizeirevier verbrannte? Wie kam es im Mai zu der illegalen Abschiebung und Gewalt gegen Demonstrierende in Witzenhausen? Wie ist die gewaltsame Auflösung einer G20-Demo aufgrund von verbotener Vermummung vor dem Hintergrund zu bewerten, dass ein Beamter später aussagte, dass er und weitere Kolleg*innen sich selbst in zivil und verumumt unter den Demonstrierenden aufhielten? Es gibt viele solcher Fälle, welcher einer Aufklärung bedürften. Die Begegnungsebene zwischen Zivilpersonen und der Polizei ist durch eine insti-

tutionalisierte Machtasymmetrie vorbelastet. Die Polizei hat mir gegenüber massive Eingriffsbefugnisse, die ich ihr gegenüber nicht habe. Das führt häufig zu psychologisch höchst fragwürdigen Zwangssituationen: Neulich saß ich alleine in einem Zug, als zwei Bundespolizisten zu mir kamen. Sie stellten sich vor mich und machten gleichzeitig eine Flucht unmöglich, welche ich beim Anblick ihrer Waffengürtel instinktiv herbei sehnte. „Personalausweis, bitte“, sagte der eine und legte seinen Arm auf dem Kopfteil meines Sitzes ab. Die Situation fühlte sich unterbewusst grotesker an, als der Begriff „verdachtsunabhängige Personenkontrolle“ vermuten lässt. Ich wurde gebeten, meinen Ausweis vorzulegen. Tatsächlich aber hatte ich keine andere Wahl, als der Bitte Folge zu leisten, da die Staatsgrenze unter 100 Kilometer entfernt ist und somit verdachtsunabhängig kontrolliert werden darf. Nun standen da zwei schwer bewaffnete fremde Männer vor mir und wollten, dass ich meine Identität preisgebe. Normalerweise würde ich in so einer Situation ganz schnell das Weite suchen, aber vor mir hatte ich eben nicht nur zwei Männer, sondern die Vertreter einer Institution, welche über mich, als Mensch in ihrem Hoheitsgebiet, in gewisser Weise verfügen kann. Ich musste also gegen meine ersten Impulse handeln und meinen Ausweis hergeben. Zu widerwillig oder gar eingeschüchtert durfte ich nicht wirken, dann hätte man ja denken können, ich hätte tatsächlich etwas zu verbergen. Und da ich der für mich so unbehaglichen Situation so schnell wie möglich entkommen wollte, erfahren die Fremden nun also wie ich heiße, wie groß und alt ich bin, meine Augenfarbe und, wo sie schon mal in Fahrt sind, auch direkt wo ich denn gerade herkomme und wo ich aussteigen will. Alle klingelnden Alarmglocken und Mamas Rat (Lass dich nicht von fremden Männern anquatschen!“)

werden zwangsläufig ignoriert. Ein Funken vorgetäuschten Machtausgleiches ist zwar durch Erfragen des Dienstausschusses möglich, jedoch fühlen sich die Beamt*innen dadurch häufig ebenso sehr auf den Fuß getreten, wie ich bei der Identitätskontrolle. Nur ist mein Fuß in dieser Situation leider egal gewesen. Der Kräfteasymmetrie wird in Nordrhein-Westfalen auch nicht entgegen gewirkt, indem die schwarz-gelbe

diese Rolle zuweilen auch ausreizen. Die Polizei ist somit anfälliger für „Schwarze Schafe“ (Wobei man sich überlegen kann, inwiefern diese verniedlichende Bezeichnung bei dem strukturellen Personalproblem der Polizei noch passend ist).

Sehr perfide ist der Versuch, Polizeigewalt mit Gewalt gegen die Polizei aufwiegen zu wollen. Erstere unterliegt schließlich Zweiteren massiv in der Aufklärungs-

Staatsanwaltschaft ein positives Verhältnis gegenüber der Polizei pflegt, da sie oft auf gute Zusammenarbeit angewiesen ist. Hier kann man sich ein Fehlverhalten der Polizei oft schwerlich vorstellen, während die Polizei als ermittelnde Instanz gegen sich selbst natürlich auch einen gewissen Vertrauensvorschuss gewährt.

Wenn also von der Staatsanwaltschaft und der Polizei selbst kein verlässliches Auf-



Foto: flickr.com

Regierung die Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen mit der Begründung abschafft, man wolle die Beamten nicht unter Generalverdacht stellen. Die Tatsache, dass ich durch verdachtsunabhängige Kontrollen auch „unter Generalverdacht“ gestellt werde, lässt diese Aussage der FDP mehr als unglücklich erscheinen.

Die Polizei, ebenso wie das Militär, ist leider kein repräsentatives Abbild der Gesellschaft. Ihre hierarchischen Strukturen ziehen häufig eher Menschen an, welche sich in einem autoritären Umfeld wohlfühlen. Der Antiautoritäre oder die Pazifistin sind hier wohl seltener anzutreffen als jene, welche sich in der Rolle als „Sheriff in der Stadt“ gefallen und

quote. Der Polizeiwissenschaftler Rafael Behr spricht hier gegenüber dem MDR von „Cop Culture“ und meint damit eine bestimmte Gruppendynamik zwischen Polizist*innen, welche zu einem bedenklichen Korpsgeist führen kann. Dieser bringt nicht zuletzt falschverstandene Loyalitäten hervor, die zu gegenseitigem Decken unter Beamt*innen führen, sollte es zur Anklage kommen. „Weil sich in Gruppen Autoritäten durchsetzen, weil es Dominanzverhältnisse gibt“, entstünde eine sogenannte „Mauer des Schweigens“, die ein Aufklären polizeilichen Fehlverhaltens oft unmöglich mache, so Behrens. 2017 wurden 96% der Strafverfahren gegenüber Polizist*innen eingestellt, nicht zuletzt auch deshalb, weil die

arbeiten von fraglichem Polizeiverhalten wie zuletzt in Wittenhausen zu erwarten ist, braucht es logischerweise eine unabhängige Kontrollinstanz mit Ermittlungsbefugnis. Die IOCP (Independent Office for Police Conduct) im Vereinigten Königreich könnte hier als Vorlage dienen. Auch muss die Kennzeichnungspflicht (wieder-)eingeführt werden und eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema „racial profiling“ stattfinden. So könnte die Begegnung zwischen Zivilgesellschaft und Polizei zumindest etwas an Unbehagen verlieren. Misstrauen seitens der Exekutive wird es jedoch immer geben; das ist im System Polizei so angelegt, denn sonst würde es sie nicht geben.

„Schnellschuss“ oder taktisches Kalkül?

Das bayerische Polizeiaufgabengesetz

von Oliver Thomas Rau

Bayern hat ein neues Polizeiaufgabengesetz (PAG) – zumindest vorläufig. Die CSU attestiert ihrem neuen Gesetz einen bundesweiten Beispielcharakter. Massenhafte Proteste im Vorfeld und die Ankündigung von Verfassungsbeschwerden im Nachgang der Verabschiedung zeichnen jedoch ein Bild mangelnder Akzeptanz des Gesetzes in der Bevölkerung. Wie soll ein Gesetz nachhaltig Sicherheitsgefühle schaffen, das ein derart hohes Maß an Verunsicherung und Ablehnung provoziert? Es steht außer Frage, dass der Staat das Gewaltmonopol innehat und für Sicherheit sorgt. Zuständigkeiten dürfen aber nicht vermischt werden und die Verhältnismäßigkeit muss stets gewahrt bleiben. Auf eine einzelne Behörde im Übermaß so weitreichende Durchgriffsrechte zu konzentrieren, wie es das neue PAG in Bayern für die Polizei vorsieht, ist aus freiheitlich-

demokratischer Sicht hochbedenklich, zumal aufgrund einer bloß „drohenden“ und keiner konkreten Gefahr. Die CSU hat ihr PAG zwar schnell, doch mit den derzeitigen Mehrheiten im Bayerischen Landtag demokratisch legitimiert beschlossen – trotz aller öffentlichen Proteste. Eine tiefere Auseinandersetzung mit den Kritikpunkten der PAG-Gegner und eine ernsthaftere Diskussion im Parlament hätten der Landesregierung aber vermutlich keinen sprichwörtlichen „Zacken aus der Krone“ gebrochen. Warum also ignoriert die Landesregierung die Kritik, riskiert gar per Gericht nachträgliche, substantielle Änderungsforderungen? Eine mögliche Antwort könnte sein, dass das PAG gar keinen „Schnellschuss“ darstellt, sondern vielmehr aus taktischem Kalkül heraus verabschiedet wurde. Der CSU wird oft eine diffuse Angst vor Wahlerfolgen der bayerischen

AfD unterstellt. Wenn das beschlossene PAG in diesem Sinne vornehmlich die „rechte Flanke“ der CSU schließen soll, könnte eine Niederlage vor dem Verfassungsgericht durchaus einkalkuliert sein: Selbst, wenn die CSU das PAG nachträglich abschwächen müsste, könnte sie glaubwürdig behaupten, für eine „härtere Gangart“ zu stehen. Zugleich würde ein nachgebessertes PAG dessen Gegner argumentativ zumindest teilweise bremsen. Vielleicht reicht das Kalkül der CSU also weiter, als es auf den ersten Blick scheint. Abzuwarten bleibt, welche Entscheidung die Verfassungsbeschwerden der PAG-Gegner ergeben. Fest steht, dass diese Entscheidung nicht nur für Bayern, sondern auch für andere deutsche Länder – das sind derzeit vor allem Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen – Signalwirkung haben wird.

Das neue Polizeiaufgabengesetz leistet potenziell rechts(zer)setzender Polizeigewalt Vorschub

von Marc von Boemcken

Walter Benjamin attestierte der Polizei in seinem 1921 erschienen Essay "Zur Kritik der Gewalt" ein unheimliches Janusgesicht. Einerseits ist es ihre Aufgabe, das Recht durchzusetzen, zur Not mit Zwang und Waffengewalt, klar. Sie ist in diesem Sinne eine Ausprägung rechtserhaltender Gewalt. Andererseits wohnt der Polizei auch eine dunkle Seite inne. Sie begleitet, in den Worten Benjamins, das "von Ver-

ordnungen geregelte Leben" als eine "brutale Belästigung", als eine "allverbreitete gespenstische Erscheinung im Leben der zivilisierten Staaten". Soll heißen: Polizeigewalt weist immer auch auf eine Ohnmacht des Rechts hin, auf den Punkt, an dem der Staat "sich nicht mehr durch die eigene Rechtsordnung garantieren kann". Polizei und Recht sind keine natürlichen Verbündeten. Die Polizei bricht die Gesetze,

die doch für alle anderen Bürgerinnen und Bürger bindend sind – sei es durch die Ausübung physischer Gewalt, sei es durch Überwachungsmaßnahmen. Die Durchsetzung des Rechts bedarf offenbar (und paradoxerweise) dessen ständiger Überschreitung. Die notwendigerweise abstrakte und normative Rechtsordnung läuft mittels ihrer konkreten Anwendung durch die Polizei somit stets Gefahr, sich selbst auszuhöhlen.

Und damit nicht genug: Eben die situation – also polizeiliche – Übertragung von Rechtsnormen auf die vielen, mikrokosmischen Räume des Alltagslebens stößt allzu oft auf die unweigerlichen Grenzen des Rechts selbst. Häufig operiert die Polizei in einer Umgebung der Rechtsunklarheit, in der sie, wenngleich freilich temporär und räumlich begrenzt, gar nicht anders kann, als eigenes Recht zu sprechen – davon weiß jeder Obdachlose ein Lied zu singen. Sie bedient sich dann, wie Benjamin es formulierte, nicht rechtserhaltender, sondern rechtssetzender Gewalt.

Um hier nicht missverstanden zu werden: Das ist kein Plädoyer für die Abschaffung der Polizei. Der Verweis auf

Benjamins Kritik soll vielmehr den Fokus auf die vornehmste Aufgabe des Rechtsstaats schärfen. So er auch das beschriebene Dilemma nicht aufzulösen vermag, hat er doch dafür Sorge zu tragen, eben diese rechts(zer)setzenden Tendenzen polizeilicher Arbeit im Zaum zu halten und auf ein Minimum zu reduzieren. Das neue Polizeiaufgabengesetz aus Bayern macht indes genau das Gegenteil: Ausgerechnet ein Moment großer Rechtsunsicherheit (der vage Verweis auf eine "drohende Gefahr") begründet hier die Ausweitung von Polizeibefugnissen (Überwachung, Vorbeugehaft, Mitführen von Kriegswaffen). Unbestreitbar ist, dass neue Herausforderungen und technologische Entwicklungen nach einer stän-

digen Anpassung polizeilicher Kapazitäten verlangen. Der Ruf nach "mehr Sicherheit" darf in einem Rechtsstaat aber niemals von der Einsicht in die potenzielle Gefahr, welche die Polizei für eben diese rechtsstaatliche Ordnung darstellt, entkoppelt werden. Er muss – mindestens – Hand in Hand mit Maßnahmen gehen, die der Polizeiarbeit starke Schranken auferlegen und ihre unabhängige Kontrolle gewährleisten.

Strukturelle Aufwertung des Rechtsstaats statt Polizei-Aktionismus

von Timo Karl

Kurz vor der Landtagswahl beschließt die bayerische Landesregierung das Polizeiaufgabengesetz (PAG), was in München zu einer Gegendemonstration mit ca. 30.000 Teilnehmer*innen führte. In der medialen Bewertung ist beispielsweise von einem „Gesetz der Angst“ die Rede und von einer „verbalen Schlawine aus der CSU“. Das Gesetz erlaubt ein Eingreifen der Polizei bereits bei einer „drohenden Gefahr“ und ermöglicht, Gefährder*innen für drei Monate in Polizeigewahrsam zu nehmen, auch ohne Anklage. Dieses hat Folgen für den Rechtsstaat, denn es kehrt bisheri-

ge Kompetenzen der Polizei vom Ausnahmezustand in den Normalzustand. Es erscheint jedoch lohnenswert, neben den Folgen, auch die zugrundeliegenden inhaltlichen Annahmen der CSU zu hinterfragen. Die erste Annahme lautet, dass die Sicherheitslage in Bayern fragil ist. Tatsächlich ist die Kriminalitätsrate in Bayern jedoch rückläufig. Die zweite Annahme ist, dass schwere Gewaltverbrechen wie die Attacke auf den Berliner Breitscheidplatz durch ein Eingreifen der Sicherheitskräfte bereits bei „Verdacht“, kombiniert mit einer umfangreichen Aufrüstung

der Polizei, in den Griff zu bekommen sind. Das ignoriert die Tatsache, dass der Fall „Anis Amri“ im Wesentlichen durch die Nicht-Anwendung von bestehenden Gesetzen und durch föderale Abstimmungsfehler zustande kam und eben nicht durch fehlende Handlungsmöglichkeiten des Rechtsstaats. Durch eine strukturelle Verbesserung der Handlungsmöglichkeiten wäre in der Konsequenz mehr gewonnen, als mit einem einseitigen landespolitischen Gesetz, welches Verdacht und Willkür eng zusammenbringt.

Beispiellose Zunahme der „irregulären“ Grenzüberquerungen in Kanada seit der Election von Trump

von Nicholas Miniaci

Nach der Flüchtlingskrise in 2015 und 2016 geht die Zahl der Asylanträge in Deutschland und in anderen europäischen Ländern zurück. Auf der anderen Seite des Atlantiks, nämlich in Kanada, sind die Zahlen hingegen auf dem Aufstieg. Während des Höhepunkts der Flüchtlingskrise befand sich Kanada in einem Wahlkampf; hierbei haben sich alle Konkurrenten der damals regierenden Konservativen Partei für eine verstärkte Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien eingesetzt. Tatsächlich wurde ein beschleunigtes Programm für syrische Flüchtlinge nach dem Wahlsieg von Justin Trudeaus Liberale Partei im Oktober 2015 durchgeführt. In 2016 allein wurden über 33.000 Syrer von Beamten kanadischer Behörden vor Ort interviewt, ausgewählt und mit 96 Charterflügen nach Kanada gebracht. In einem berühmt gewordenen Ereignis wurden die ersten syrischen Flüchtlinge persönlich von Justin Trudeau bei der Ankunft am Flughafen in Toronto begrüßt und dabei unterstützt, neue Winterbekleidung anzuprobieren. In den nachfolgenden Jahren sind weitere syrischen Flüchtlinge nach Kanada gekommen und mehrere Tausend warten noch auf die Bestätigung ihres Aufenthaltstitels. Aber dieses Szenario unterstreicht die Tatsache, dass Kanada bis vor Kurzem von seiner Geographie geschützt wurde und dadurch eine wählerische Flüchtlingspolitik betreiben konnte.

Es gibt zwei Klassifikationen und Verfahrensströmungen, um nach Kanada als Flüchtling umgesiedelt zu werden. Dabei unterscheidet die Regierung zwischen „Flüchtlingen“ und „AsylbewerberInnen“. Das kanadische System kategorisiert Flüchtlinge als diejenige, die Schutz von außerhalb des Landes beantragen. Sie werden entweder von der Regierung oder von privaten Sponsoren

unterstützt. Die zweite Klassifikation der „AsylbewerberInnen“ betrifft diejenigen, die innerhalb Kanada Asyl beantragen. Dieser Prozess erfolgt „regulär“ mit Zollbeamten an gekennzeichneten Grenzübergängen. Aber seit 2016 gibt es eine Zunahme der „irregulären“ Eintritte außerhalb offizieller Grenzübergangsstellen, die juristisch gesehen illegal sind. In 2017 wurden 49.775 neue AsylbewerberInnen in Kanada registriert, darunter

to umzusiedeln. Ontario liegt zwischen Manitoba und Québec, aber die Provinz grenzt die USA nur an Seen und Kanäle.

Im Gegensatz zur EU, gibt es keine Bewegungsfreiheit zwischen Kanada und den USA. An den Grenzübergangspunkten werden strenge Zollkontrollen beibehalten; trotzdem befinden sich in manchen Stellen der 8.900 km langen Grenze keine Zäune. Ein solcher Ort ist die Sackgasse



Foto: Prachatai, flickr.com

etwa 20.600, die irregulär ins Land kamen. Die Mehrheit der irregulären AsylbewerberInnen stammt aus Haiti. Nigerianer und Mexikaner stellen auch signifikante Gruppen der Asylbewerber dar. Die Provinz Québec hat die meisten AsylbewerberInnen beider Arten erhalten, mit fast 25.000 Asylanträgen. Im Vergleich wurden fast 30.000 Asylanträge in 2016 in ganzen Kanada begonnen, darunter nur 5.500 in Québec, d.h. ein Aufstieg von 450 Prozent vom Jahr zuvor allein in dieser Provinz. Die Provinz Manitoba im Zentrum Kanadas erlebt die zweitgrößte Anzahl der irregulären Grenzüberquerungen. Nach ihrer Antragsstellung reist eine beträchtliche Minderheit in die Provinz Ontario ein, um v.a. in Kanadas größte Stadt Toron-

Roxham Road, eine sonst unauffällige Landesstraße im Nordosten der USA, die berühmt geworden ist. Wo die Roxham Road endet, stehen bilinguale Schilder, die klarmachen, dass eine Grenzüberquerung hier strafbar ist. Beim Überqueren kommen Hunderte von AsylbewerberInnen am Tag im québecischen Dorf Saint-Bernard-de-Lacolle an, nur 70 km südlich von Montréal. Grenzüberquerende werden quasi symbolisch von nationalen PolizistInnen festgenommen, die auf die AsylbewerberInnen in einem provisorischen Immigrationszentrum warten. Dort wird das Asylverfahren begonnen und Formalitäten wie z.B. Unterbringung und die Anmeldung zur Krankenkasse werden organisiert. In einer neuen Ausstellung hat der in

Toronto ansässige Fotograf Michel Huneault die Silhouetten der AsylbewerberInnen in seinen Fotos mit



Bildern von Decken und Zelttextilen ersetzt, die er mit Flüchtlingen in Deutschland, Österreich und in den Balkanländern vorher fotografiert hat.

Die steile Zunahme der irregulären AsylbewerberInnen hat die kanadischen Behörden überrascht und die Städte und Provinzen sind teilweise überfordert. Es ist für die Behörden schwierig, die stets wachsende Nachfrage auf Grunddienstleistungen abzuschätzen, geschweige denn, sie rechtzeitig bereitzustellen. Im April 2018 gab es 2.350 irreguläre Asylbewerber in Toronto, die noch keine Unterkunft hatten und stattdessen in Obdachlosenheimen wohnten. Der Bürgermeister John Tory wies darauf hin, dass die Stadt 164,5 Millionen kanadische Dollar (42 Millionen Euro) für Unterkunft und Dienstleistungen bis Ende 2018 extra zur Verfügung stellen würde. Im April 2016 gab es circa 490 AsylbewerberInnen pro Nacht in Torontos Obdachlosenheimen: ab April 2018 wird diese Ziffer auf 1.100 geschätzt. In Montréal, wo die Kapazität schon im Juli 2017 erreicht wurde, suchen die Behörden dringend nach Gebäuden, die als Notunterkünfte umgebaut werden können. Sogar das Stadion der 1976er Sommer Olympiade wird zurzeit als Notunterkunft für 600 Personen verwendet. Flüchtlingsorganisationen schätzen, dass im Sommer 2017 bis zu 250 irreguläre AsylbewerberInnen am Tag ins

Land kamen. Für 2018 werden höhere Zahlen vorhergesagt. Die BürgermeisterInnen von betroffenen Städten appellieren für weitere Zusammenarbeit und Kostenverteilung unter allen Regierungsebenen. Die Regierung kündigte für den 2018 Haushalt 173,2 Millionen kanadische Dollar (119 Millionen Euro) bis zu 2020 für die Verstärkung der Grenzsicherheit, Beschleunigung der Asylantragsverarbeitung und für die Ressourcenverteilung zwischen Ottawa und den Provinzen.

Hauptgrund für den Anstieg von AsylbewerberInnen ist die Wahl von Donald Trump. Sein umstrittenes Reiseverbot für Bürger aus sechs mehrheitlich muslimischen Ländern sowie weitere ausländerfeindliche politische Gesten lassen MigrantInnen, vor allem diejenige mit afrikanischer, muslimischer oder lateinamerikanischer Herkunft, ihre Chancen auf Visumserwerb und Asyl in den USA anzweifeln. Zunehmende Fälle der Diskriminierung und scheinbare Gleichgültigkeit gegenüber rassistischen Rechtsextremisten von der Trump-Administration haben Flüchtlinge bzw. AsylbewerberInnen in den USA angespornt, Alternativen zu suchen. Im Mai 2017 kündigte die US-amerikanische Regierung an, dass der bisherige Sonderstatus für etwa 60.000 haitianische Flüchtlinge, die nach dem Erdbeben im Januar 2010 in die USA Asyl suchten, aufgehoben wurde. Außerdem wurde ein Statusschutz für 200.000 salvadorianische Flüchtlinge von der Trump-Regierung aufgehoben.

Die Art und Weise, wie AsylbewerberInnen nach Kanada kommen, nämlich durch irreguläre Grenzüberquerungen, kann auf die Drittstaatenregelung zwischen Kanada und den USA zurückgeführt werden. Die Regelung bestimmt, dass Personen, die Asyl suchen, diese in dem Land beantragen müssen, wo sie zuerst ankommen. Nach einem ersten Asylantrag darf man keinen zweiten Antrag in einem anderen Land stellen. Da jedoch Eintritte in Kanada außerhalb festgelegter Grenzübertrittstellen die Drittstaatenregelung umgehen, wird die Regelung bei irregulären Überquerungen ungültig. Manche AsylbewerberInnen sind bis zur

kanadischen Grenze anhand von amerikanischen Tourist- und Studentenvisa gereist oder sie vernichten ihre Ausweispapiere vor dem Grenzübergang, damit sie nicht mit ehemaligen Asylanträgen in Verbindung gebracht werden können. Für Menschenrechtsgruppen sind irreguläre Grenzüberquerungen aber beunruhigend, da AsylbewerberInnen von Menschenhändlern ausgebeutet werden können und der extremen Hitze und Kälte ungeschützt ausgesetzt sind. Öfters erzählen AsylbewerberInnen von überhöhten Taxipreisen, um zur Grenze befördert zu werden; manchmal sind die Erfahrungen grausamer, wie der bekannte Vorfall der zwei nigerianischen Männer, die ihre Finger durch Erfrierung im Winter an der Manitoba Grenze verloren.

Um diese Situation zu lindern, appellieren Flüchtlingsorganisationen, die Neue Demokratische Partei (NDP) und der unabhängige Immigrations- und Flüchtlingskommissar für die Aufhebung der Drittstaatenregelung. Aber das Abkommen lässt sich nicht leicht außer Kraft setzen. Auch mit voller Zustimmung von der Regierung braucht eine Annullierung des Abkommens Kooperation aus Washington, was sich momentan als schwierig erweist. Zurzeit befinden sich die kanadische und mexikanische Regierung in mühsamen Verhandlungsgesprächen mit der Trump-Administration wegen seiner Entscheidung, das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) drastisch zu verändern. Bisher haben die Kanadier und Mexikaner wenig Fortschritt gemacht. Die aktuelle Hartnäckigkeit des Weißen Hauses lässt die Hoffnung auf weitere Verhandlungen in Bezug auf Migrationsabkommen sehr klein erscheinen. Einige PolitikwissenschaftlerInnen weisen darauf hin, dass es aber möglich sein könnte, gewisse Einzelheiten mit den Amerikanern zu besprechen, wie die Umsetzung einer strengeren Überprüfung von Visumanträgen, bevor sie ausgestellt werden.

Dennoch ergreift die Regierung Kanadas schon Maßnahmen, um den Zustrom irregulärer Grenzüberquerungen einzudämmen, nämlich durch Aufklärungs-

kampagnen, um gezielt auf die Missverständnisse und Gerüchte über das Migrations- und Asylsystem einzugehen. Der Minister für Immigration, Flüchtlinge und Staatsangehörigkeit Ahmed Hussen, der selbst als Flüchtling aus Somalia nach Kanada kam, warnte letztes bei einer Pressemitteilung, dass irreguläre Grenzüberquerungen die Chancen auf Asylgewährung nicht erhöhen und dass AsylbewerberInnen die Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention erfüllen müssen. Das Ministerium führt zurzeit eine Videokampagne auf Französisch, English, Haitianisch (Kreyòl) und Spanisch, die von irregulären Grenzüberquerungen abraten. Der in Argentinien geborene Abgeordneter der Liberalen Partei Paolo Rodriguez hat in 2017 eine Tour in den USA gemacht, um Missverständnisse bezüglich des kanadischen Asylrechts in spanischsprachigen Medien abzuklären. Eine ähnliche Tour wurde auch in 2017 vom haitianischen-kanadischen Abgeordneten der Liberalen Partei Emmanuel Dubourg mit der haitianischen Gemeinde in Florida unternommen. Im Mai 2018 leitete Minister Hussen eine Delegation nach Lagos, Nigeria, um die Situation der nigerianischen AsylbewerberInnen mit deren Regierung zu besprechen.

Ein Wachstum der Zuwanderungszahlen ist jedoch von Ottawa erwünscht. Unter Trudeau's Liberaler Regierung stieg die durchschnittliche Anzahl der Einwanderer von 250.000 pro Jahr bis auf rund 300.000. Das Ziel ist ein Anteil, der min-

destens 1% der gesamten kanadischen Bevölkerung ausmacht, also etwa 360.000 Menschen pro Jahr. Entscheidend ist dennoch, wie „New Canadians“ ins Land kommen. Ab Oktober 2017 wurden fast 70% der verarbeiteten Asylansprüche in Kanada eingeräumt, also 17% mehr als in 2016. Mit dem rapiden Anstieg der Asylanträge müssen AsylbewerberInnen in der Regel 18 Monate auf eine Anhörung und Entscheidung warten. AsylbewerberInnen aus Ländern wie Afghanistan, Burundi, Eritrea und Jemen werden am meisten Asyl gewährt: ein ähnliches Szenario könnte für Haitianer entstehen, aber dies bleibt bislang noch unklar. Um die Kostenbelastung zu erleichtern, erhalten AsylbewerberInnen eine Arbeitsgenehmigung innerhalb drei Wochen. In Québec allein wurden bisher über 12.000 Arbeitsgenehmigungen ausgestellt und die Provinz fördert die Verbindung zwischen AsylbewerberInnen und ArbeitgeberInnen in Gemeinden mit Arbeitskraftmangeln. Von den 13.000 erwachsenen AsylbewerberInnen in Québec, die Anfang 2017 angefangen haben, Sozialleistungen zu beziehen, sind 55% nicht mehr darauf angewiesen.

Laut einer Ipsos Befragung in 2017 ist die Mehrheit (62%) der KanadierInnen der Meinung, dass die aktuelle Welle der irregulären Grenzüberquerungen nicht temporär ist und die Trudeau Regierung keine konkreten Pläne dafür hat. Obwohl der Canadian Council for Refugees die meisten der irregulären Asyl-

anträge als legitim anerkennt, stimmte hingegen nur ein Drittel der Ipsos Befragten zu. Ähnliche negative Stellungnahmen wurden auch im Sommer 2017 von einer Studie des Angus Reid Institute aufgedeckt. Eine knappe Mehrheit (53%) stimmte zu, dass die Regierung zu großzügig mit irregulären AsylbewerberInnen sei und nur 6% fanden es nicht großzügig genug. Insgesamt fanden 57% der Befragten den offiziellen Umgang mit der Situation unbefriedigend.

Abgesehen vom Phänomen der irregulären AsylbewerberInnen sind KanadierInnen gegenüber Immigration und Flüchtlingen überwiegend positiv eingestellt. Nach einer aktuellen Umfrage des Environics Institute for Survey Research stimmten 60% der Befragten nicht dazu, dass die Migrationszahlen zu hoch sind und 80% sind der Meinung, dass MigrantInnen positive Auswirkungen auf die kanadische Wirtschaft haben. Die Befragten stimmten auch zu, dass MigrantInnen „kanadische Werte“ erfolgreich aneignen. Dies bestätigen andere Studien, die auf einen 30-jährigen Trend der steigenden Akzeptanz von Einwanderung in Kanada zeigen. Laut Ergebnisse der letzten Volkszählung in 2016 sind 7.5 Millionen KanadierInnen oder 21,9% der gesamten Bevölkerung selbst ImmigrantInnen. In Deutschland ist diese Anzahl im Vergleich mit Kanadas doch niedriger bei nur 15,4%.

Unwürdige Diskurskultur – ein Plädoyer

von Julian Brummer

Am Montag, den 17. April 2018 hielt der Außenminister der Bundesrepublik a.D. und neue Lehrbeauftragte am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Sigmar Gabriel eine öffentliche Auftaktvorlesung zu seinem Seminar „Europa in ei-



ner unbequeme(re)n Welt“. Die Personalie Gabriel sorgte dabei schon im Vorfeld für scharfe Kritik. Und ja, sie ist kritikwürdig! Die Form und der Inhalt des letztlich am lautesten artikulierten Protestes verdient jedoch ebenfalls eine kritische Würdigung. So scheint es auch in der universitären Arena mittlerweile nur noch um einfache Feindbilder, gegenseitiges Niederbrüllen und Kampfpaparen zu gehen – sei es von links oder rechts. Am Beispiel Gabriels lässt sich dies gut zeigen. Der ehemalige SPD-Vorsitzende ist eine kontroverse Figur. Vieles ließe sich problematisieren, Vieles differenziert erörtern. Der in den Hörsaal getragene Protest von LUST & Co. trug diesem Sachverhalt jedoch nicht Rechnung – runtergekürzt auf die einfache Formel: „Gegen Iran-Siggi! Für Israel“. In den verteilten Flyern ging man noch weiter und warf Gabriel gar Antizionismus und „Israelhass“ vor. Der Stein des Anstoßes war vor allem ein Twitter-Post, in dem Gabriel mit Blick auf die Situation in den besetzten palästinensischen Gebieten Israel als ein „Apartheid-

Regime“ bezeichnete. Weiterhin hatte sich Gabriel in seiner Amtszeit mit zugegeben problematischen palästinensischen Organisationen getroffen, woraufhin der israelische Premier Netanjahu ihm ein Treffen verwehrte. Daraus Antizionismus oder gar „Israelhass“ abzuleiten, wie es in den Flyern heißt, erschließt sich einem nicht. Hier werden sehr starke Wörter auf vergleichsweise kleinere Ausfälle angewendet. Außerdem wurden sie unzureichend kontextualisiert. Hat sich Gabriel nicht schon mehrfach zum Existenzrecht Israels bekannt? Welchen überzeugenden Grund gäbe es, ihm nichtsdestotrotz Antizionismus zu unterstellen? Schließlich stellt sich die Frage, ob Gabriels Position zum Iran nicht auch außerhalb des Kontexts Israel betrachtet werden kann. Protest auf diesem Niveau ist inhaltlich absurd, langfristig ermüdend einseitig und wie es scheint nicht viel mehr als eine Aktion die das Freund-Feind-Schema reproduzieren soll – denn in eine sinnvolle Diskussion mündet es in der Regel nicht. Die LUST dient hier nur als das anschaulichste Beispiel. Letztlich trifft es auch auf viele (viel zu viele!) andere Gruppen an unserer Universität zu. Dabei steht doch gerade dieses Umfeld für reflexive Wissenschaft, mit dem Anspruch Wahrheit zu finden, nicht schon gefunden zu haben. Die Protestierenden aus unserem Beispiel missverstehen die Art ihres eigenen Protests, wenn sie im Dienste des eigenen Weltbildes an die „neutrale, objektive Lehre“ appellieren (vgl. Flyertext). Es ist richtig: der „Ideologe“ (vgl. Flyertext) Sigmar Gabriel wird in seinem Seminar auch seine eigenen Ansichten vertreten. Allerdings genauso wie der Rest unserer Professoren und eigentlich auch alle Studierenden. Meinungen gehören notwendigerweise dazu und gerade die Politische Wissenschaft selbst ist unvermeidlich normativ. Aber darum geht es eben auch gar nicht. Es geht nicht darum ob, sondern wie Meinungen vertreten werden. Ich schreibe diesen Kommentar, weil die Causa Gabriel kein Einzelfall ist. In be-

stimmten Bereichen unserer Universität gehört ein solches Verhalten zur alltäglichen Routine und ist leider gerade in studentisch organisierten Veranstaltungsformaten anzutreffen. Die Universität ist aber nicht dazu gedacht, die eigene Meinungsblase zu reproduzieren, sondern sich in einen akademischen Diskurs zu begeben, in welchem das bessere Argument sich durchsetzt. Und wenn es nicht das eigene ist, dann hat man eben mal wieder was gelernt. Diese Punkte, so selbstverständlich sie den meisten erscheinen mögen, werden in der Praxis häufig – und gerade seitens so mancher politischen Hochschulgruppe – nicht beachtet. Daher möchte mit einem Plädoyer schließen: Ruht euch nicht auf einfachen Parolen aus, sondern denkt weiter und findet euren Standpunkt jenseits von Schwarz und Weiß. Hört eure/n Gegenüber an geht auf seine/ihre Argumente auch wirklich ein. In der akademischen Arena sollte das eigentlich selbstverständlich sein. Dabei handelt es sich aber keineswegs um einen Selbstzweck. Wer für andere Argumente nicht offen ist, wird im Zweifel auch die eigenen nicht weiterentwickeln. Wer in den Kategorien richtig/falsch denkt, statt einerseits/andererseits, der/die wird zunehmend Mühe haben, die Realität in sein/ihr Weltbild zu integrieren. Wer anderen das Sprechen versucht zu verbieten oder zumindest daran hindert, sollte sich nicht wundern, wenn auch ihm/ihr selbst nicht zugehört wird.

Traumjob Diplomatin

Meine 5 Monate Praktikum beim Auswärtigen Amt

von **Karina Blommen**

Dass das Auswärtige Amt (AA) ein attraktiver Arbeitgeber für PolitikstudentInnen ist, steht wohl außer Frage. Genau deshalb bewarb ich mich dort bereits nach dem ersten Semester für ein Praktikum in einer Auslandsvertretung. Neun Prioritäten muss man dabei angeben. Ich wählte unter anderem London, Paris, New York, Brüssel – wenn schon, denn schon! Nachdem ich dann nach einem Jahr

deutet das 13 Stunden, an anderen sechs Stunden Arbeit. Mitten im EU-Viertel erinnern Blumenkränze in der U-Bahn-Station Maelbeek, meiner Haltestelle, die Brüsseler jeden Tag an den Anschlag von vor zwei Jahren. Beim Verlassen der Metrostation sieht man im Schatten der EU-Gebäude SoldatInnen patrouillieren. Tausende Autos warten auf der vierspurigen Straße in der Rushhour darauf,

deshalb in verschiedenen Referaten wie beispielsweise ‚Bildung und Forschung‘ oder im Referat, welches Beziehungen zum Europäischen Parlament pflegt. Dort werden alle Sitzungen und Ausschüsse angehört, anschließend protokolliert und sogenannte DKORs (diplomatische Korrespondenzen) an die nationalen Ministerien und an die Bundesregierung gesendet. Das Referat für Personalfragen kümmert sich unterdessen zum Beispiel um deutsche Personalinteressen in den EU-Institutionen. Geleitet wird die StÄV vom Ständigen Vertreter und dem Stellvertretenden Ständigen Vertreter. Zusätzlich gibt es noch einen PSK-Botschafter (Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee). Grundsätzlich herrscht im AA eine starre Hierarchie, die durch die drei Laufbahnen entsteht. Alles, was gesagt oder aus der StÄV hinaus gelangt, wird vorher „von oben“ abgesegnet. Ich bin trotzdem überrascht, dass fast alle beim „Du“ sind, uns eingeschlossen. Später wird mir klar, dass in manchen Ländern mehr, in anderen weniger, das Botschaftsteam für viele als Familien- und Freundesersatz gilt. Schließlich wechselt man beim AA unabhängig von der Laufbahn alle drei bis vier Jahre das Land. Bei der Entscheidung, in welchem Land man als nächstes arbeitet, kann man zwar Wünsche einreichen, letztendlich ist die Entscheidung aber vor allem von der frei werdenden Position, von der eigenen Erfahrung und auch davon, ob man eine Familie hat, abhängig. Ungefähr ein halbes Jahr vor dem Wechsel erfährt man den nächsten Arbeitsort. Mit dem Eintritt ins AA verpflichtet man sich, in alle Staaten der Welt, in denen Deutschland eine Botschaft besitzt, versetzt werden zu können. Dabei gilt das Generalistenprinzip, das heißt, man kann auch in verschiedene Positionen versetzt werden und so beispielsweise im Höheren Dienst für die Pressearbeit oder auch für die Konsularabteilung zuständig sein.



ohne Rückmeldung die Hoffnung schon fast aufgegeben hatte, erreichte mich im Dezember die Zusage von der StÄV, der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union in Brüssel. Eine Woche vor meinem Praktikumsbeginn erfuhr ich, dass ich in der Abteilung für Öffentlichkeits- und Pressearbeit unterkommen würde. Es hätte nicht besser kommen können: Ein Einblick ins Auswärtiges Amt, in die Europäische Union und in die Pressearbeit.

Die Ständige Vertretung:

Ein normaler Arbeitstag beginnt gegen 9 Uhr. Schnell erfahre ich, dass in den EU-Institutionen nur wenig vor 10 Uhr geschieht. In der StÄV kontrolliert niemand, wann die MitarbeiterInnen kommen und gehen. Die Arbeitszeit ist in einem Gleitzeitmodell geregelt. An einigen Tagen be-

dass es vorangeht. Jeder im EU-Viertel trägt einen Anzug oder ein schickes Kostüm und es wird einem eindrucksvoll bewusst: hier schlägt das Herz Europas. Die StÄV ist ein unauffälliges, aber vergleichsweise stark gesichertes Gebäude. Knapp 240 Deutsche arbeiten dort und vertreten die Bundesregierung in den EU-Institutionen, besonders im Rat. Nur wenige sind direkt vom AA entsandt, denn die meisten kommen aus den Ministerien, sodass die StÄV einen Spiegel der Bundesregierung bildet. Sie vertreten in den themenspezifischen Ratssitzungen die Bundesrepublik in der EU. Eine Ständige Vertretung vertritt Deutschland also in einer internationalen Entität, anders als eine deutsche Botschaft, die Deutschland diplomatisch in einem anderen Land auf bilateraler Ebene vertritt. Meine anderen Praktikanten-KollegInnen arbeiten

Die Pressearbeit:

Der Referatsleiter des Presstteams ist, wie auch sein Stellvertreter, in der Laufbahn des Höheren Dienstes. Zuvor war unser Pressesprecher stellvertretender Pressesprecher des AA in Berlin und ist nun zum Pressesprecher in Brüssel befördert worden. Im Pressereferat arbeitet man eng mit den deutschen JournalistInnen und KorrespondentInnen zusammen. Bevor ein Rat stattfindet, werden die JournalistInnen sowohl in der Botschaft als auch vom Rat in einem Pressebriefing über die anstehenden Debatten informiert. Meistens geschieht dies ‚off the record‘ (Unter drei), das heißt, die JournalistInnen dürfen die Vortragenden nicht mit Namen, sondern z.B. nur mit Senior EU Official zitieren. Somit erhalten die JournalistInnen Hintergrundinformationen, ohne dass der/die UrheberIn der Information bekannt und somit geschützt ist. Nach den Räten gibt es dann Pressekonferenzen, in denen die Ergebnisse vorgelesen werden. Was man häufig in den abendlichen Nachrichten sehen kann, sind sogenannte ‚Doorsteps‘. Die MinisterInnen und/oder StaatssekretärInnen geben dabei vor oder nach den Sitzungen kurze Statements ab, die wir aufnehmen und in den sozialen Medien veröffentlichen. Die Hauptaufgabe der beiden Pressesprecher ist das Koordinieren der Pressebegleitung und das Kontakthalten zu den meist deutschsprachigen JournalistInnen in Brüssel. Sie sind für die Fragen der JournalistInnen verantwortlich, erklären ihnen die deutsche Position oder die aktuelle Situation in Verhandlungen und müssen manchmal auch die Position der Bundesregierung gegenüber den JournalistInnen verteidigen. Meine Aufgaben bestehen hauptsächlich darin, die beiden bei den Presseterminen zu unterstützen, den Auftritt der StÄV in den sozialen Medien wie Twitter und Facebook zu organisieren und zu betreuen (@GermanyintheEU) und ihnen von Presseterminen zu berichten. Dabei ist es mir möglich, viel in den EU-Institutionen, vor allem im Rat, unterwegs zu sein und auch einige bekannte europäische und deutsche Politikpersönlichkeiten zu treffen. Besondere Highlights sind unter anderem die Europäischen Räte oder die Besuche von deut-

schen MinisterInnen in Brüssel. So konnte ich unter anderem bereits eine gemeinsame Pressekonferenz von Merkel und Macron miterleben, Federica Mogherini treffen und Außenminister Maas vor der Syrienkonferenz vom Flughafen abholen.

Das Leben in Brüssel:

Brüssel ist ganz eindeutig eine kosmopolitische Multikulti-Metropole - im Diplomatenviertel, in der touristischen Innenstadt, in den ganz verschiedenen Brüsseler Stadtteilen und als belgische Hauptstadt der LGBTQI+ Szene. Es gibt zahlreiche politische und kulturelle Ver-

Für die anfängliche Wohnungssuche in Brüssel gab es von der StÄV einige hilfreiche Tipps und Vorschläge. Aufgrund der Vielzahl von PraktikantInnen und Studierenden in Brüssel gibt es haufenweise kleiner Zimmer und Wohnungen, die man für kurze Zeiträume mieten kann. Ich selbst konnte mein Zimmer in einer Zweier-WG mit einer jungen Frau, die beim Europäischen Parlament arbeitet, in einer der vielen Facebook-Wohnungssuch-Gruppen finden. Die Preise der Praktikantenwohnungen in Brüssel variieren aber stark, ebenso wie die Entfernungen zum Europaviertel. Zudem



anstaltungen wie Vorträge oder Konzerte an fast jedem Abend und an den meisten Wochenenden, die in Bars oder in anderen Vertretungen von Bundesländern oder Staaten, in Stiftungen oder den EU-Institutionen stattfinden. Praktisch ist auch, dass es überall Empfänge mit Getränken und Essen gibt, sodass das Klischee, dass man sich als Brüsseler PraktikantIn keine Gedanken um sein Abendessen machen muss, stimmt. An den Wochenenden finden Feste und Paraden (Gay Pride, Zinneke Parade, Tag der offenen Tür der EU-Institutionen...) statt. Legendar ist in Brüssel der donnerstags stattfindende ‚PLux‘, eine Abkürzung für Place du Luxembourg. Dieser Platz direkt vor dem Europäischen Parlament wird jeden Donnerstagabend abgesperrt und alle PraktikantInnen, LobbyistInnen und BeamtInnen treffen sich dort für ein oder auch zwei Feierabendgetränke. Es wird getanzt, geredet und gelobbyt.

sollte man sich darüber bewusst sein, dass sich der belgische Standard oft vom deutschen Standard unterscheidet. Ich kann es also nicht stark genug empfehlen, sich, wenn möglich, ausgewählte Zimmer bei einem Tagesausflug nach Brüssel vor dem Einzug anzuschauen und mögliche MitbewohnerInnen kennenzulernen. Für eine europäische Hauptstadt ist das Leben in Brüssel nicht unbezahlbar, es aber als günstig zu beschreiben wäre ebenso verkehrt. Leider ist da auch die Aufwandsentschädigung des Auswärtigen Amtes von 300,-€ im Monat nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das Bahnfahren innerhalb Belgiens ist hingegen sehr günstig, sodass wir an den Wochenenden Ausflüge zu anderen Städten oder zum Meer machen. In Belgien sollte

man zudem aufpassen, sich nicht zu leicht von den belgischen Spezialitäten wie Waffeln, Pommes, Schokolade und Bier verführen zu lassen! Es kommt nicht von ungefähr, dass Belgien beim Kalorienkonsum vorne mit dabei ist.

Fazit:

Wer den Roman „Die Hauptstadt“ von Robert Menasse gelesen hat, hat schon einen guten, wenn auch zynischen Einblick in die sogenannte „brussels bubble“ bekommen. Mein Eindruck ist, dass man als EU-Beamter/in viel Energie, Durchsetzungsvermögen, Idealismus und vor allem auch Geduld mit den langsamen Prozessen und der langsamen Kompromissfindung in der EU mitbringen muss. Trotzdem hat es mich überrascht, wie viele Themen in unterschiedlichen Ausschüssen gleichzeitig besprochen werden, und dass es viele kleine Kompromisse und Schlussfolgerungen des Rates gibt, die nicht in den Nachrichten verkündet werden. Trotzdem spielen diese für eine kleine Gruppe EuropäerInnen eine wichtige Rolle, wenn es beispielsweise um Regelungen zum Elektrofischen im Mittelmeer geht. Durch meine Arbeit in Brüssel konnte ich feststellen, in wie

vielen Bereichen die EU aktiv ist und welche Vorteile, aber auch Nachteile sie mit sich bringt, wie die EU-Mitgliedsstaaten und EU-Institutionen zusammenarbeiten und welche Rolle Deutschland in der EU einnimmt. Ich bin immer wieder beeindruckt vom enormen Wissen in den unterschiedlichsten politischen, juristischen und wirtschaftlichen Themenkomplexen, über das man als Botschafter oder EU-Beamter/in verfügen muss. Wer zum AA möchte, sollte sich darüber bewusst sein, dass man ein Interesse an allen politischen und wirtschaftlichen Themen haben sollte, und dass die Arbeitstage lang werden können. Weiterhin können das Generalistenprinzip und die ständigen Ortswechsel das Freizeit- und Familienleben stark und oft negativ beeinflussen, weil man sich in seinem Arbeitsleben nie fest niederlassen kann und Freundschaften deshalb schwierig zu pflegen sind. Viele ältere BeamtInnen finden das besonders im Alter bedauerlich. Trotzdem übt das AA einen großen Reiz aus, da die Arbeit mit viel Verantwortung, Engagement und durch das Beamtentum mit sehr guten Arbeitskonditionen und einer hohen Arbeitssicherheit verbunden ist. Die Ausbildung ist hart, aber wahnsin-

nig interessant und vielseitig. Außerdem kann man sich in den verschiedenen Ländern und Position immer wieder neu verwirklichen und vieles Neues dazulernen. So sollte man vor der Bewerbung beim AA die Vor- und Nachteile gut gegeneinander abwägen. Deshalb kann ich jedem ein Praktikum beim AA, besonders an einer Auslandsvertretung, wärmstens empfehlen. So kann man mit Leuten des AA in Kontakt kommen, Fragen stellen und den Arbeitsalltag kennenlernen. Dabei ist es ein großer Unterschied, ob man an eine Botschaft oder an eine Ständige Vertretung kommt. Beides ist zu empfehlen, eine Ständige Vertretung, ob bei der EU, bei der UN oder bei sonstigen internationalen Organisationen/Entitäten, bietet aber natürlich noch weitere Einblicke. Mein Fazit: Wer die Welt entdecken und einen abwechslungsreichen, verantwortungsvollen Job möchte, der ist beim AA genau richtig, muss aber einige Abstriche im Privatleben in Kauf nehmen!

DU BIST DIE FACHSCHAFT.

Du hast eine Frage, aber weißt nicht, an wen Du Dich wenden kannst? Du hast Startschwierigkeiten oder ein anderes Problem? Dann wende Dich an uns! Wir helfen Dir weiter oder wissen zumindest, von wem Du die nötigen Antworten bekommen kannst. Komm in unsere Sprechstunde, ruf an oder schreib eine E-Mail. Oder möchtest Du vielleicht selbst aktiv werden, mit interessanten Menschen etwas bewegen, anderen helfen oder Artikel verfassen? Du möchtest einen Vortrag organisieren, eine Podiumsdiskussion?

Oder eine Filmvorführung mit anschließender Diskussion? Einen Themenabend, eine Vortragsreihe? Du planst eine Exkursion? Du weißt, was Dich stört und Du willst Dinge verändern? Bring Dich ein und probiere Dich aus! Du wirst überrascht sein, was alles möglich ist! Komm in unsere Sitzung und bring Deine Ideen ein. Jeden **Mittwoch** im Semester um 20 Uhr c.t. im **großen Übungsraum** des Instituts oder schreib uns eine E-Mail:

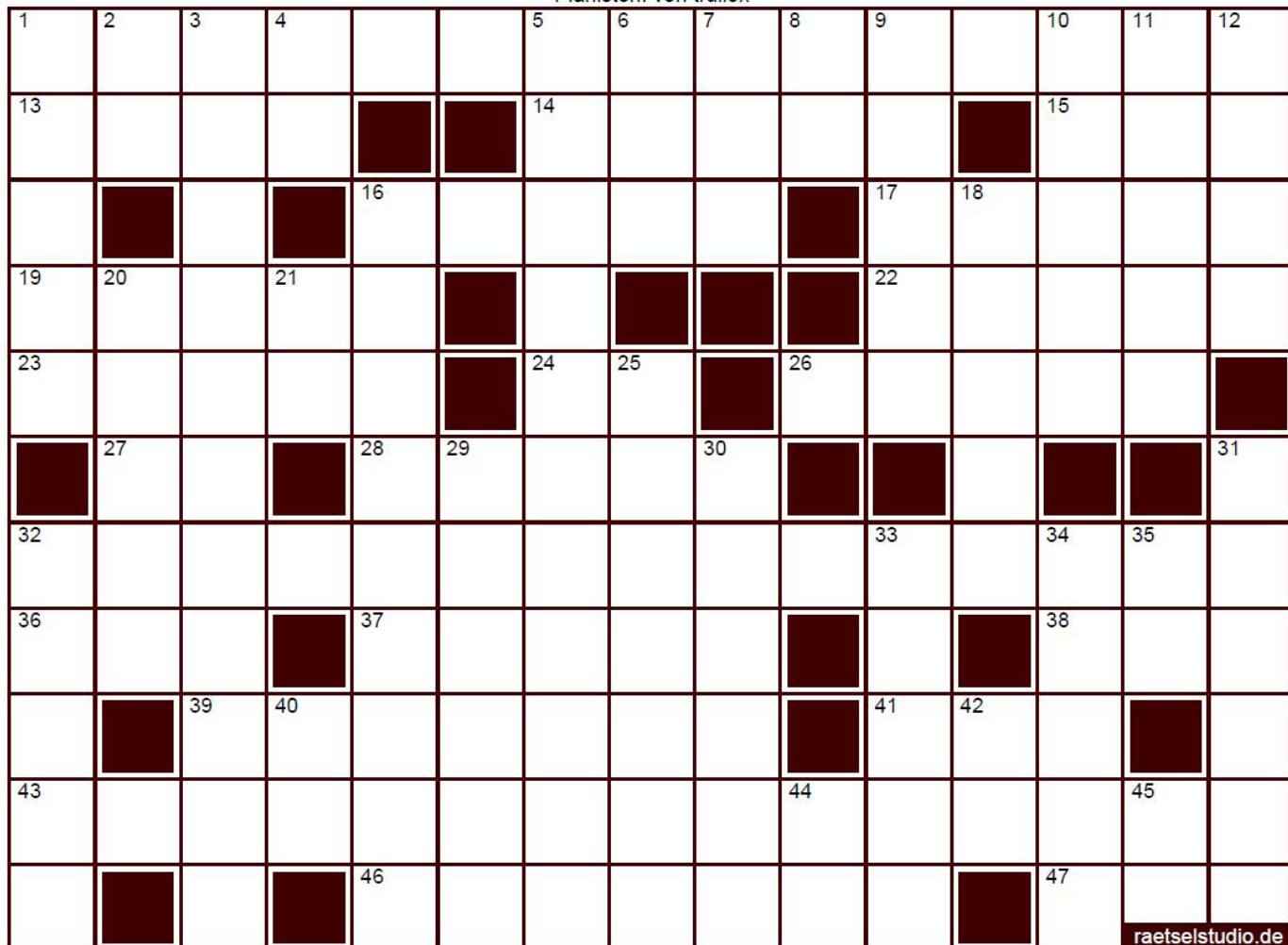
sprechstunde@fs-sozpol.de



WE WANT YOU

Auf dieser Seite könnt ihr euren Gehirnen eine Pause vom Lesen gönnen und sie anderweitig nutzen. Wer das Kreuzworträtsel bis zum Ende der Vorlesungszeit gelöst hat, kann sogar Verpflegung und ein Freigetränk für das Ersti-Grillen im Wintersemester gewinnen! Also strengt euch an und schickt uns eure Lösungen per Mail (politicum@fs-sozpol.de) oder werft sie in unseren Briefkasten in der InstiBib!

Pianisten. von trullox



Waagrecht 1 Pianist. 13 Feuchtgebiet in Niedersachsen (150km lang) 14 kleines Tropfkännchen. 15 ... der Morgen graut, müßt ihr das gelöst haben. 16 Der ist selbst laut. 17 Da wirds helle in der Frühe. 19 Darauf ging man früher fleghaft miteinander um. 22 An Stelle von. 23 Vorbau. 24 ICAO-Code Paraguay. 26 Budgets. 27 Rheumafaktor. 28 Sollte keiner zu dick auftragen. 32 Schamloser Typ. 36 Indigenes Volk am Titicacasee. 37 Bremens erster Hafen. 38 ... ist der Rasen schön grün, meinte Wilhelm Bendow. 39 Als der Stein durchs Fenster flog, klirrten sie so laut, daß man das S überhörte. 41 In Oberfranken. Da gib'ts auch n Bahn... 43 Schuhplattler. 46 Dessen Tage wurden mit Cruise und Kidman gedreht. 47 Bedarf nur des Knopfdrückens.

Senkrecht 1 Futter bei Damenkränzchen. 2 Trumpf. 3 Durian. 4 Tateinheit im Strafrecht. 5 Kosmetika. 6 Lebensabschnittsgefährtin von Jakob. 7 Krank woanders. 8 Yu can .. crosswise. 9 Aus dem lateinischen möge es nützen. 10 So ist ein Schwede irritiert. 11 IppotS 12 Der Komponist des Rock Musicals starb bei seiner Premiere an einem Aortenaneurysma. 16 So betätigen sich Brautpaare. 18 So betätigte sich ein Dieb. 20 Da läuft was in die Irre. 21 Oft gesprochen in Hengasch. 25 Mit dem dauert eine Erkältung ca. 14 Tage, ohne das aber nur 2 Wochen. 29 Der Ort Jackie liegt im südlichen Kongo 30 Soll Wort richtig in der Tiefe landen, brauchts vorn noch VE. 31 Archencephalon. 32 Mieze, Muschi etcet. 33 Hört man immer wieder gern von fern. 34 Löffelschöpfteil. 35 Soll Karte funktionieren, braucht man geheime Zahl. 40 Er in UK und Amiland. 42 Da wird anästhesiert, geschnippelt und um Tupfer gebeten. 44 Landrat oder Lechts und Rinks kann man nicht velwechsern,werch ein Illtum. So jandelts bis in alle Ewigkeit. 45 ..ns oder zw.. gib'ts zum Frühstück.

Unter dem Titel "Nation, Sezession und Integration" hat eure Lieblingsfachschaft im vergangenen Semester in Kooperation mit der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) und dem Bundesstadtbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung drei Podiumsdiskussionen veranstaltet. Hier könnt ihr nachlesen, worüber bei den jeweiligen Veranstaltungen diskutiert wurde.

Nationalismus in den USA

Zwischen Tradition und Trump

von Ana Sohler Sánchez

Am 7. Mai startete die erste Veranstaltung des Ringseminars in diesem Sommersemester unter dem Titel „Nationalismus in den USA - Zwischen Tradition und Trump“. Diese fand in Kooperation mit der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik GmbH (BAPP) und der Konrad-Adenauer-Stiftung statt. Mit den USA-Spezialisten Dr. Andrew Denison (Transatlantic Networks), Martina Buttler (WDR), Fabian Wendenburg (BDI) und Hendrik Ohnesorge (CGS, Uni Bonn) zu Gast, gab es einen intensiven Austausch über den Nationalismus der USA, seine Ursachen und seine Folgen auf nationaler und internationaler Ebene. Zu Beginn wurde der Nationalismus in den USA als Einheit in der Vielfalt bezeichnet, die das Land zusammenhalte. Der Nationalismus sei mehr als nur die US-Regierung, stattdessen handle es sich um ein großes Land, ein großes Volk und einen vergleichsweise kleinen Präsidenten. Dabei sei Trump der schwächste Präsident, den die USA je hatten. Man berufe sich auf das „we the people“ und solle nicht bloß auf Washington schauen, da Amerika gerade auf lokaler Ebene aufblühe. Beispiels-

weise gäbe es bereits Ansätze für Kooperation zwischen einzelnen Bundesstaaten zum Thema Klimawandel. Jedoch habe es unter Trump auch erschreckende Veränderungen gegeben und sich eine Kluft in der Bevölkerung herausgebildet. Dabei vergesse man oft, dass die USA nicht bloß aus east und west coast bestehe, sondern dass gerade dazwischen viel in der Bevölkerung passiert. Trump sei definitiv eine Zäsur in der US-Politik gewesen, jedoch stechen auch bei ihm Traditionslinien wie der Non-Interventionismus in seiner Außenpolitik heraus. Neu sei allerdings die Unverblümtheit seiner Artikulation, seine Strategie der Unruhestiftung und sein Pragmatismus à la deal-making. Des Weiteren stehe der aktuelle Präsident für ein außenpolitisches Nullsummenspiel und für stärkeren Unilateralismus. Bezüglich der Handelspolitik betrachte Trump die Welt als eine community von Wettbewerbern, was der aktuelle Handelskonflikt verdeutlicht. Dabei zeige sich eine stärkere Abhängigkeit Deutschlands von den USA, was Deutschland eindeutig verwundbarer macht. Um sich von dieser Abhängigkeit zu emanzipieren gelte es, die deutschen

Interessen auch im Rahmen der EU strategisch zu definieren und zu artikulieren. In der weiteren Diskussion ging es ferner um die Ursachen für die Polarisierung in der amerikanischen Bevölkerung. Diese sei jedoch nicht ausschließlich ein Phänomen der USA, sondern finde ebenso in Europa statt und abgesehen von der politischen Ebene seien die Amerikaner in anderen Bereichen, wie z.B. Kultur und Technik, sehr geeint. Weitere strittige Punkte waren die Wertedebatte, was überhaupt einen Amerikaner ausmache, sowie das Wahlrecht. Die Veranstaltung wurde mit abwechslungsreichen Schlussstatements in Form einer Schlagzeile in der Bildzeitung für 2020 einen Tag vor der US-Präsidentenwahl beendet. Dabei kamen unter anderem unterhaltsame Ideen wie „You’re fired“, „Bam – und er hat’s wieder gemacht“ oder „4 more years...“ raus. Insgesamt war es eine interessante und spannende Veranstaltung mit abwechslungsreichen Moderationsideen, interessanten Gästen und regem Austausch zwischen den Referenten und den Teilnehmenden.

Politische Modelle zur Lösung der Kurdenfrage

von **Matthias Lorenz**

Auch die zweite von drei Veranstaltungen im Rahmen unseres Ringseminars „Nation, Rezession und Integration“ gestaltete sich als voller Erfolg. Trotz des wunderschönen Wetters kamen viele Zuschauer zur Diskussion „Politische Modelle zur Lösung der Kurdenfrage(n)“ am 28. Mai. Das Podium war facettenreich besetzt: Neben der Journalistin Basak Özey von der Deutschen Welle waren Dr. Awat Asadi vom Zentrum für kurdische Studien Bonn und Dr. Gülistan Gürbey von der Freien Universität Berlin zu Gast. Einleitend hielt jeder der drei Podiumsgäste einen kleinen Vortrag mit verschiedenen thematischen Schwerpunkten. So referierte Özey beispielsweise über die Geschichte der Kurden, während sich Asadi auf die Kurden im Irak fokussierte. Anschließend ging es mit der Diskussion weiter, Fragen aus

dem Publikum wurden beantwortet. Natürlich stand während der Debatte immer wieder die Frage im Vordergrund, ob und inwiefern ein autonomer Staat eine Lösung für das Problem darstellen könnte, mit denen die Kurden in der heutigen Zeit konfrontiert sind. Interessanterweise hielt das Podium diese Ansicht nicht nur für nicht realistisch, es bestanden auch Zweifel daran, ob sich eine Mehrheit der Kurden einen eigenen Staat wünschen würde. So sei es für die Kurden viel wichtiger, mehr Autonomie in den einzelnen Staaten zu bekommen, jedoch ohne eigenen Staat. In dieser Hinsicht würden die Meinungen auch bei den Kurden selbst stark auseinander gehen. Außerdem gestalte sich die Lage in den vier Ländern, wo Kurden leben, auch sehr unterschiedlich. Deswegen müsse es das Ziel sein, individuelle Lösun-

gen für die einzelnen Staaten zu finden. Auch in den kurzen Abschlussstatements stand neben der verfassungsrechtlichen Anerkennung der Kurden zum Beispiel in der Türkei die Forderung nach einer föderalen Lösung mit Autonomiezugeständnissen an die Kurden im Vordergrund. So entwickelte sich eine sehr interessante Diskussion, bei der dank der Kurzvorträge zu Anfang auch diejenigen etwas mitnehmen konnten, die sich mit den Problemen der Kurden nicht so gut auskannten. Da sie jedoch immer wieder im Mittelpunkt verschiedener Konflikte stehen, ist es sicher lohnend, sich näher mit ihrer Situation und ihren Problemen auseinander zu setzen. Dazu hat die Veranstaltung einen guten Beitrag geleistet.

Welche Zukunft hat die EU in Zeiten der Sezessionsbewegungen?

von **Simon Peters**

Mitte Juni begann zwar die WM, unser gemeinsames Ringseminar mit der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik und der Konrad-Adenauer-Stiftung ging jedoch mit der letzten Veranstaltung zur Reihe „Nation, Integration und Sezession“ zur Ende. Dieses Mal kamen Podium und Publikum im Goethe-Institut auf der Lennestraße zusammen um über die Frage zu diskutieren, welche Zukunft die EU in Zeiten der Sezessionsbewegungen habe. Das Podium besetzten an diesem Abend Bahar Mahzari von der CUBE, Andreas Marchetti vom Zentrum für Europäische Integrationsforschung und Migration, sowie Frank Burgdörfer, dem Inhaber und Geschäftsführer von Polyspektiv. Innerhalb dieses Podiums fanden verschiedenste Sichtweisen auf die vielen sezessionistischen bzw. separatistischen

Bewegungen in Europa, von Katalonien bis Bayern, ihren Platz. Dabei ging es aus Sicht der CUBE vor allem um ein Scheitern der EU, Jugendliche für die Mitarbeit zu motivieren und zu mobilisieren. Marchetti und Burgdörfer sahen die Wurzel der vielen separatistischen Bewegungen in Europa in der Sehnsucht nach Identifikation. Die Welt sei für multilinguale und weltoffene Menschen voller Möglichkeiten, für ebenso viele andere sei sie jedoch voller Unsicherheit, was diese Sehnsucht nach Identifikation und Ordnung hervorrufe. Das mangelnde Vertrauen an der Europäischen Union spiegle sich auch in der Tagespolitik wieder, erklärte Frank Burgdörfer und wies auf den aktuellen Konflikt zwischen Angela Merkel und Horst Seehofer hin. Auch dieses letzte Ringseminar erfreute sich wieder reger Beteiligung durch

das Publikum in Form kritischer oder informeller Fragen. So wurde bspw. mit Blick auf die eingefärbten Sezessionsbewegungen innerhalb der EU gefragt, ob die Sezession ein Problem des Westens sei, oder ob es möglich sei, eine „Europäische Öffentlichkeit“ zu schaffen, die bewusster und empfänglicher für die EU sei. Antworten auf diese Fragen bieten sich in den noch jungen Grenzverschiebungen im Osten gegen das lange Bestehen der westeuropäischen Staatsgrenzen und der zunehmenden Wichtigkeit des europäischen Parlaments im Kontext der europäischen Öffentlichkeit. Die Veranstaltung lieferte somit einen interessanten Eindruck in die Stärken aber auch die Schwächen der EU, die doch trotz ihrer anhaltenden Friedensordnung besonders im Innern Reformbedürftig zu sein scheint.



Politicum • Impressum

Das **Politicum** ist die Zeitschrift der Fachschaftsvertretung am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Es erscheint seit 30 Jahren unregelmäßig, aber immer mal wieder.

Die in den einzelnen Artikeln vertretenen Meinungen spiegeln nicht die Ansicht der Redaktion oder der Fachschaft Politik und Soziologie wider. Die Autor*Innen sind für den Inhalt ihrer Beiträge ausschließlich selbst verantwortlich.

REDAKTIONSANSCHRIFT
Fachschaft Politik und Soziologie
Redaktion Politicum
Am Hofgarten 15
D-53113 Bonn
politicum@fs-sozpol.de
www.fs-sozpol.de

ERSCHIENEN
Juli 2018

HERAUSGEGEBEN VON
Fachschaft Politik und Soziologie

CHEFREDAKTEURIN (V.i.S.d.P.)
Insa Holste

DRUCK
Universitätsdruckerei der Universität Bonn,
Auflage: 150

LAYOUT
Insa Holste

TITELBILD
(c) Nevit Dilmen

MITARBEIT
Fachschaft Politik & Soziologie

MIT BEITRÄGEN VON
Nora Benz, Emma Bieck, Karina Blommen, Marc von Boemcken, Julian Brummer, Debora Eller, Nils Geuenich, Finn Hagemann, Nina Ihrens, David Isken, Timo Karl, Matthias Lorenz, Nicholas Miniaci, L. Paulus, Simon Peters, Oliver Thomas Rau, Ana Sánchez, Philipp Sprengel, Robin Weiden